

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 40.

Sonnabend, den 7. Oktober 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Taktisches bei Lohnbewegungen und Streiks. IV. — Zwang und
Freiheit. I. — Gegen den Lebensmittelwucher! — Der Zwischen-
meister. — Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats
pro 2. Quartal 1911. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen
des Zentralvorstandes. — Rundschau. — Steinausschreibungen.
— Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-
änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Quarzporphyr-Industrie in der Hohenburger
Schweiz. — Aus dem 7. Gau. I. — Strittige Betriebsunfälle. —
„Interessengemeinschaft“ zwischen Christen u. Sirkisch-Dunderschen.
Feuilleton: Soziale Kunst.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Erfurt: Kunststeinfabrik, G. m. b. H.,
in der Radowigstraße. — Rembach: Firma Seubert.
— Berlin: Kunststeinbearbeitungsgeschäft Jüngers &
Schille. — Hannover: Marmorwerk Wegener. —
Löwenberg (Schl.): Firma Ende. — Wellerode:
Firma Sieve & Co.

Jena. Der Streik der Kunststeinarbeiter ist erledigt.
Es wurde ein Tarif bis 1. August 1913 abgeschlossen.

Bohwinkel-Eibersfeld. Die Kollegen der Hohmann-
werke befinden sich im Streik, die Mehrzahl ist ander-
weit in Arbeit.

Oesterreich. Gesperrt sind: Kottes, Mühldorf, Böhla,
Friedeberg, Klein-Rosse, Rotwasser, Sezdorf, Schwarz-
wasser und Smilowig.

Schweiz. Die Firma Hermann in Basel ist gesperrt.
Ungarn. Gesperrt sind: Temesvar, Agram, Pecs und
Giume.

Taktisches bei Lohnbewegungen und Streiks.

IV.

Das Tarifwesen selbst ist in der Sandsteinindu-
strie am ausgereiftesten. Die Erklärung hierzu ergibt
sich ohne weiteres von selbst, weil ja die Sandsteinarbeiter
die Gründer des Verbandes waren. Und dann darf nicht
vergessen werden, vor etwa 15 Jahren hatten wir in der
Sandsteinindustrie durchweg einen flotten Geschäftsgang,
hauptsächlich in den Städten. Da war die Zeit zu Tarif-
abschlüssen auch sehr günstig. Dann kam hinzu, daß sich
die großen Sandsteinindustriellen, die mit uns in Berlin,
Bunzlau, Pirna schon Tarife abgeschlossen hatten, in der
Heu-Heuer (Schlesien), in Thüringen und Bayern seßhaft
machten, und diese Herren dem Wesen des Tarifs nicht
mehr fremd gegenüberstanden.

Die Hartsteinarbeiter sind noch nicht so lange
organisiert, und deshalb glauben auch die Industriellen
dieser Gruppe, am bisherigen Ausbeutungssystem noch
vielfach festhalten zu können. Es ist deshalb ohne wei-
teres klar, daß auch in der Hartsteinindustrie in den letz-
ten Jahren die Lohnbewegungskampagne lebhaft be-
trieben wurde. Diese Tatsache muß uns sogar recht er-
freulich stimmen. Es ist allgemein bekannt, daß die
Affordlöhne in der Hartsteinindustrie recht niedrige sind.
Die Grundpreise für Granit sind manchmal nicht höher als
wie für hartes Sandsteinmaterial. Die Hartsteinindustrie
hat bei Submissionen sehr oft dieselben niedrigen Ange-
bote gemacht, wie solche aus der Sandsteinindustrie ge-
kommen sind. Recht häufig hörten wir aus dem Munde
der Sandsteinarbeiter: „es ist ein Skandal, wie die Hart-
steinarbeiter entlohnt werden.“ Nun, unter den Hartstein-
arbeitern hat sich in den letzten Jahren ein enormer Or-
ganisationsdrang entwickelt, da ergibt sich ohne weiteres,
daß bezüglich der Arbeits- und Lohnverhältnisse eine Re-
gelung Platz greifen muß.

Das Tarifwesen in der Marmorindustrie ist im
allgemeinen gerechter. In jener Branche muß ja mit
starker Zuhilfenahme maschineller Einrichtungen gerechnet
werden, so daß die Produktionsbedingungen einheitlicher
gestaltet sind. Die Rohmaterialien werden überdies zum
überwiegenden Teil vom Auslande bezogen, mit der Ge-
winnung von Rohmaterialien geben sich in Deutschland
nur wenige Firmen ab.

Das Zeittlohnssystem soll für heute bloß kurz er-
örtert werden. Es stand nicht in unserm Machtbereich,
das Affordsystem zurückzudrängen zu können. So ergibt es
ja auch allen andern Gewerkschaften. Welche wirtschaft-
lichen Ursachen dieser Erscheinung zugrunde liegen, soll
heute nicht erörtert werden. Die Abschließung von Tarif-
verträgen bedeutet ja die Anerkennung des Affordwesens,
und zwar im vollkommen geregelten Sinne. Welche
eminente Vorteile die Tarife in sich bergen, das hat uns
Genosse Winnig in sehr beachtenswerter Weise in der
Neuen Zeit kürzlich auseinandergesetzt.*

Das Zeittlohnssystem wird sich, soweit die Steinindustrie
in Frage kommt, in einem Teil der Grabsteingeschäfte,

* Winnigs Artikel haben wir auch im „Steinarbeiter“ zum
Abdruck gebracht.

bei Renovierungsarbeiten, in Marmorwerkstätten, wo
hauptsächlich die „bunten“ Sorten zur Verarbeitung ge-
langen, und auch in Steinbrüchen mit besonders schlechter
Felsenlagerung halten. Das Verlegen der Werksteine
geschieht im Afford- und Zeittlohn. Im Afford sehr häufig
bei Brückenbauten, im Zeittlohn bei Fassaden. Es ist sehr
hübsch und schön, wenn man sich für das Zeittlohnssystem
in die Särfanken wirft; wenn wir aber den realen Tat-
sachen ins Gesicht schauen, so können wir für die Einfüh-
rung desselben nur sehr wenig tun. Allerdings muß es
unser Bestreben sein, in die Affordtarife Klauseln hinein-
zuführen, daß den Arbeitern ein bestimmter Mindestver-
dienst garantiert wird. Als Berechnungsmodus kann der
im Tarif festgesetzte Stundenlohn herangezogen werden.

Bezirkstarife bestehen nun in folgenden Gebieten:

1. Für das Heuscheuergebirge (Schlesien) Sandstein
2. Für Bunzlau, Warthau und Umg. (Schlesien) "
3. Für das untere Maintal "
4. Für Kirchheim, Ohnsfurt und Umgebung Muschelkalk
5. Für Mühlhausen und Langensalza "
6. Für Erfurt, Gotha und Seeburg Sandstein
7. Für die Monumentindustrie Oberfrankens* Granit
8. Für die Bausteinindustrie des Fichtelgebirges "
9. Für den bayerischen Wald (Werksteinarbeit)** "
10. Für den Schwarzwald "
11. Für den Ebnathwald "

Für das Granitgebiet in Demitz-Thumitz wird wahr-
scheinlich in den nächsten Tagen ein Bezirkstarif zum Abschluß
kommen.

Bei der Kündigung von Bezirkstarifen muß in
Zukunft auch anders verfahren werden. Gewöhnlich er-
streckt sich die Tarifgemeinschaft auf 8 bis 15 Zahlstellen.
Wir können sagen, daß die Kollegen, welche zur Fichtel-
gebirgstarifgemeinschaft gehören, mindestens in 50 Ort-
schaften zerstreut wohnhaft sind. Wer nur einigermaßen
die Verhältnisse in der Steinindustrie kennt, wird zugeben
müssen, daß es nicht möglich ist, die Massen so ohne weiteres
in die Versammlungen zu bringen, damit zur Kündigung
endgültig Stellung genommen werden kann. Dann kann
ja eingeworfen werden, daß die Kollegen eine Urabstim-
mung vornehmen können. Wenn es zu einer Urabstim-
mung kommt, dann kommt es nicht immer zu geschlossener
Ansichtserhebungen. Und bei Lohnbewegungen, die
eingeleitet werden, muß immer ein geschlossenes Vorgehen
vorhanden sein. Das kann natürlich durch eine Ur-
abstimmung nicht immer geschehen.

Wenn also die Kündigung eines Bezirkstarifs vor-
genommen werden soll, dann muß eine Bezirks-
konferenz die dementsprechende Entscheidung, und
zwar endgültig, fällen. Eine solche Entschlossenheit er-
fordert schon die Maßnahme der gut geschlossenen Unter-
nehmenskraft. Was würde es denn sein, wenn bei einer
Urabstimmung 300 für die Kündigung votierten und 280
dagegen. Ein solches Abstimmungsresultat würde die
scharfmacherischen Gelüste der Unternehmer in starker
Weise schärfen. Die Kündigung eines Tarifs muß somit
durch die Bezirkskonferenz sanktioniert werden.

Genau so verhält es sich mit der Tarifannahme nach
den jeweilig gepflogenen Verhandlungen. Im Fichtel-
gebirge hat im heurigen Frühjahr über die endgültige
Annahme eine Konferenz entschieden. Das war, wenn wir
das Selbstbestimmungsrecht des „Einzelnen“ hervorheben,
ein Verstoß gegen das demokratische Prinzip. — Und es
war keine kleine Zahl von Kollegen, welche gegen diesen
Konferenzbeschluss opponierten. Hätte eine Urabstimmung
stattgefunden, sicherlich wäre Ablehnung des Tarifs er-
folgt. Aber die Kommissionsmitglieder, die in vier schwie-
rigen Sitzungen mit den Unternehmern zusammenkamen,
wußten, daß absolut nicht mehr herauszuholen war. Die
Kommission hat dort Hervorragendes geleistet, und mit
outem Gewissen konnte der Konferenz die Annahme des
Tarifs empfohlen werden. Die an der Verhandlung be-
teiligten Kollegen wußten aber auch, daß das Erreichte
der Masse noch zu wenig war. Ein Streik hätte dort sicher-
lich wochenlang gedauert, und ob beim damaligen Ge-
schäftsstand nach Beendigung des Streiks noch erreicht
worden wäre, als was die Verhandlungen schon gebracht
hatten, stand noch auf einem andern Blatt.

Als vor zwei Monaten der Bezirkstarif im Main-
sandsteingebiet durchberaten war, da empfahlen
unsre Führer die Annahme der Vorlage. Die Masse
lehnte diesen wohl erwogenen Vorschlag rundweg ab.
Es kam zum Streik. Ob da noch Wesentliches heraus-
geholt wurde, ist eine Doktorfrage. Wäre das zweitemal,
nachdem mit den Unternehmern verhandelt war, die Vor-
lage der gesamten dortigen Kollegenschaft zur Abstimmung
vorgelegt worden, sicherlich wäre eine nochmalige Ab-
stimmung erfolgt, und Tausende von Mark an Streikunter-
stützungskosten hätten nutzlos bezahlt werden müssen. —
Jeder, der mit unserm Tarifwesen nur einigermaßen ver-
traut ist, muß zugeben, daß es sich bei solch großen Ab-
schlüssen in erster Linie darum handelt, daß man mit
innerster Ueberzeugung darlegen kann, ob unter den ob-
waltenden Verhältnissen genügend erreicht wurde. Beim
Abschluß im Maintal genügte es eben der Kollegenschaft

* Dieser Tarif wurde auch in einigen anderen Schleifereien
des Reiches eingeführt.

** Die Verhandlungen für den Abschluß eines Pfaffenstein-
tarifes, welcher für die bayerische Granitindustrie Gültigkeit hat,
sind angebahnt.

noch lange nicht, daß mit einem Schläge das „wilde“
Affordsystem beseitigt wurde, daß dann ferner immerhin
einige Lohnerhöhungen herausgeholt werden konnten.
Gerade die Kollegen, die noch ihre Interimstarifen in der
Tasche hatten, meinten, es müßte noch mehr herauszuholen
sein. Heute werden auch diese Leute einsehen, daß das
erstmals nicht mehr zu erreichen war, und daß der Erfolg,
ohne Ueberhebung, ein voller genannt werden muß.

Wir haben bei den Abschlüssen der Bezirkstarife schon
angedeutet, daß es nicht immer klug ist, wenn die Führer
in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen mit allen zu
treffenden taktischen Maßnahmen auspacken sollen. Da
schreibt nun ein hervorragender Gewerkschaftskenner,
v. Elm, über das Thema „Massen und Führer“ in der
„Neuen Zeit“ (Nr. 15, Jahrg. 29) folgendes:

Das Mitbestimmungsrecht der kleinen Fabrikanten in den
Arbeitgeberorganisationen ist ein sehr beschränktes, in ihnen gilt
nicht der demokratische Grundsatz: „eine Person, eine Stimme“,
entscheidend bei Abstimmungen ist entweder die Zahl der beschäf-
tigten Arbeiter oder die nach der Gesamtlohnsumme bemessene
Höhe der Beiträge. Wie die Großen pfeifen, müssen die Kleinen
tanzen. In diesen antidemokratischen, kapitalmonopolistischen
Organisationen den Ton für die zu machende Zukunftsmusik an-
zugeben, bedarf keiner großen Dirigentenkunst.

Geradezu entgegengesetzt liegen heute die Verhältnisse in
den Arbeiterverbänden; ohne das Mitwirken der Massen sind
große wirtschaftliche Kämpfe gegen das Kapital unmöglich.
Große Massenversammlungen aber zur Geheimhaltung der ge-
fahnen Beschlüsse verpflichtet zu werden, wäre sinnlos. Verhand-
lungen, welche vor Tausenden gepflogen werden, sind nicht ge-
heim zu halten; die kapitalistischen Gegner können sich jederzeit
mit Leichtigkeit darüber unterrichten. Das ist für sie ein Vor-
teil, für die kämpfenden Arbeiter ein großer Nachteil.

In einem Kriege dem Feinde seine Pläne offen darzulegen,
ist alles andre — nur keine Strategie. Die Verhältnisse haben
deshalb die Gewerkschaften geradezu gezwungen, die Entscheidung
in letzter Instanz einer kleinen Zahl von Personen, in der Regel
den Zentralvorständen, zu übertragen. Diese und die lokalen
Funktionäre der Gewerkschaften, die statutarisch die Beschlüsse
der Zentralvorstände auszuführen haben, kommen nun ganz
naturgemäß in die Lage, recht häufig, wie man sagt, „bremsen“
zu müssen. Die Streikenden lassen in der Regel die Situation
optimistisch auf. Zahlreiche Beispiele ließen sich dafür anführen,
daß die Streikenden, selbst dann noch, wenn für jeden unbefangenen
Beobachter die Aussichtslosigkeit weiteren Kampfes, ohne
Zweifel feststand, an den baldigen Sieg glaubten. Nicht immer
gelingt es, die Kämpfenden zu überzeugen, daß ein weiteres Aus-
harren im Kampfe ihre Position nur verschlechtern kann, sie even-
tuell zur Annahme minimaler Zugeständnisse zu bewegen. Diffe-
renzen mit den „Führern“, wie nun einmal in Arbeiterkreisen
die durch das Vertrauen der Arbeiter zu ihrem Amte erwähnten
Gewerkschaftsfunktionäre genannt werden, sind dann unausblei-
blich, das „demokratische Mißtrauen“ braucht in solchen Situa-
tionen gar nicht besonders gepredigt zu werden, es wächst aus
der erbitterten Stimmung der Arbeiter, aus ihren nichterfüllten
Hoffnungen von selbst heraus. Es gibt wohl keinen Gewerkschafts-
leiter, der unter solchen Umständen entweder aus Unkenntnis
oder aus Demagogie von einzelnen nicht schon des Betrugs der
Arbeiterinteressen beschuldigt worden wäre. Nun wird es wohl
keinem vernünftigen Menschen einfallen, die „Führer“ zu Päpsten
stempeln zu wollen, auch sie können sich über die Situation täu-
schen. Daß aber die Möglichkeit eines Trugschlusses seitens der
Streikenden in ihrer durch den Kampf leidenschaftlich erregten
Stimmung eine weit größere ist, als bei den an der Spitze einer
Organisation stehenden, der Gesamtheit der Mitglieder verant-
wortlichen Vertrauenspersonen, dürfte jeder objektiv Urteilende
ohne weiteres anerkennen.

Es gibt aber eine Reihe von Kollegen, die denken, am
liebsten soll schon Wochen vor Beginn eines Kampfes in
die Welt hinausposaunt werden, was nun alles unter-
nommen werden soll. — Wir haben es ja oft schon bei
Streikversammlungen erleben müssen, daß an den Vor-
standsvertreter eine Reihe von Fragen gestellt wurden,
die allerdings nur im kleinen Kommissionskreise beant-
wortet werden können. Es ist doch eine alte, und zwar
eine recht traurige Erfahrung, daß die Unternehmer über
jede Kleinigkeit, die in Arbeiterversammlungen beschlossen
wird, hinreichend informiert werden. Aber wenn unsern
Kollegen nicht gleich auf jede Frage klipp und klar geant-
wortet wird, dann wird gleich über die Diktatur der
Führer räsoniert. Allerdings müssen die An-
ordnungen bei Lohnkämpfen immer so ge-
troffen sein, daß man ohne weiteres er-
kennen kann, die Sache ist gut durchberaten.

Dafür hat auch die Masse ein feines Gefühl, ob die
Führung eine sichere und wohlwollende ist. Mit „Wenn“
und „Aber“ kommt man bei Lohnbewegungen und Streiks
allerdings nicht weit.

Zwang und Freiheit.

I.

Das Geschrei und Gezeter der Scharfmacher und Scharf-
machergenossen über den Terrorismus der Gewerkschaften
bildet eine stehende Rubrik in den Spalten der kapita-
listischen Presse. Wenn man diesen Leuten glauben darf,
so üben die modernen Arbeiterorganisationen eine
Schreckensherrschaft aus, die an die schlimmsten Zeiten der
Barbarei erinnert, und dem biedereren Spießbürger, der
für die faktisch bekannte liberale Freiheit schwärmt wie
ein Bäckisch für den Helldentenor, läuft eine Gänsehaut
über den Rücken, wenn er daran denkt, wie die unorgani-
sierten Arbeiter von ihren organisierten Kollegen ge-

schürtigkeit werden. Im Frühjahr erhob er wieder ein freisinniger Abgeordneter im Reichstage seine warnende Stimme und erklärte in würdevollem Tone, daß es die Aufgabe des Bürgertums sei, die Freiheit der Arbeiter gegen den Zwang der Gewerkschaften zu schützen.

Merkwürdig ist es denn doch: dieselben Freiheitshelden, die jede freie Meinungsäußerung und jede politische Betätigung, die ihnen nicht in den Kram paßt, mit den brutalsten Mitteln unterdrücken, dieselben Leute, die vor dem rücksichtslosesten Terrorismus nicht zurückschrecken, wenn es gilt, ihre nackten Geldbeutelinteressen zu verteidigen, diese selben Leute vergießen Krokodilstränen über das Bemühen der Klassenbewußten Proletarier, ihre rücksichtslosen Arbeitsbrüder über die Schäden der Organisationslosigkeit aufzuklären und sie an ihre Koalitionspflicht zu erinnern. Selbstverständlich ist die fittliche Unterstützung der Scharfmacher lediglich Schwindel und blauer Dunst, denn gerade in den Reihen der Unternehmer herrscht ein Organisationszwang, gegen den der gewerkschaftliche Zwang das reine Kinderpiel ist. Wir erinnern nur an einen Aufruf, den der Verein deutscher Spiritusfabrikanten erlassen hat, worin Anweisung erteilt wurde, wie man mit den Außenseitern verfahren müsse, die sich dem Spiritusring nicht anschließen wollten. Der Aufruf gipfelte in dem Satze, den wir wörtlich anführen:

„Ein Außenstehender wird mit samt seinen Abnehmern gehetzt werden wie ein Stück Wild, denn Gnade kennen wir nicht. Für uns gilt die Parole, daß sich ein jeder Kollege mit uns in Reih und Glied stellen muß oder er wird als Feind behandelt und zugrunde gerichtet!“

Dieser Verein besteht aus Männern der ersten Gesellschaftsklasse, in seinem Vorstande sitzen Rittergutsbesitzer, Grafen, Professoren und Regierungsräte. Haben diese Terroristen eigentlich gar keine Angst vor dem Staatsanwalt? Wie würde es wohl dem Vorstand einer Gewerkschaft ergehen, der einen derartigen Terrorismus ausübte? Aber die erlauchten und gelehrten Terroristen können beruhigt sein, niemand wird ihnen ein Haar krümmen, denn die Göttin der kapitalistischen Gerechtigkeit drückt bei solchen Gelegenheiten beide Augen zu und besorgt den Grundriss des alten römischen Rechtsverständnisses: „Wenn zwei das Lebe tun, so ist es noch lange nicht das selbe!“ Auch das Junkertum übt einen Terrorismus aus gegen die Leute, die gegen den konservativen Stachel anklagen und vor dem Bunde der Landwirte keinen Kotau machen, der Staat terrorisiert seine Beamten, die eine freiheitliche Gesinnung an den Tag legen, der Militarismus spielt sich als schlimmer Terrorist auf, indem er Wirte und andre Geschäftsleute bonkotiert, und selbst die christlichen Kirchen schwingen mit rücksichtslosestem Terrorismus die Hungerpeitsche über den Köpfen der katholischen und evangelischen Modernisten. Also überall Terrorismus, nur mit dem Unterschiebe, daß man diesen Terrorismus mit dem Mantel der Liebe deckt, während man über den gewerkschaftlichen Terrorismus Zeter und Mordio schreit.

Auf den Vorwurf, daß die Arbeiterorganisationen durch Zwangsmittel das freie Bestimmungsrecht der Unorganisierten zu beschränken suchten, wird gewöhnlich die Antwort gegeben, daß die Gegner der Arbeiterbewegung einen viel schlimmeren Terrorismus ausübten; es werden zahlreiche Terrorismusfälle aufgezählt und damit hält man die Sache für erledigt. Dieser Standpunkt erweist sich bei näherer Betrachtung als falsch, denn es ist aus moralischen Gründen verkehrt, eine Beschuldigung dadurch zu widerlegen, daß man dem andern eine noch schwerere Beschuldigung entgegenschleudert. Ein Mensch, dem ein Diebstahl vorgeworfen wird, kann sich bekanntlich nicht dadurch von dem Vorwurf reinwaschen, daß er andre Leute beschuldigt, sie hätten viel mehr und viel häufiger gestohlen als er. Ebenso wenig läßt sich der Vorwurf des Gewerkschaftsterrorismus durch den Vorwurf des Unternehmerterrorismus beiseite schieben, ganz abgesehen davon, daß die Arbeiterklasse den Beruf in sich trägt, eine höhere Moral zu erstreben und zu vertreten, als die kapitalistische. Während letztere unter dem Deckmantel der Freiheit eine Anechtung der großen Masse des Volkes durchführt, will erstere durch Anwendung eines moralischen Zwanges die Menschheit zur wahren Freiheit reif machen. Daher dürfte es unsre Leser interessieren, einmal die kapitalistische Freiheit und den gewerkschaftlichen Zwang nach moralischen Gesichtspunkten gegeneinander abzuwägen.

Uns modernen Menschen, die wir den mittelalterlichen Zwang abgestreift haben, ist die Auffassung in Fleisch und Blut übergegangen, daß die persönliche Freiheit, die Souveränität des Individuums, die edelste Blüte neuerzeitlicher Kultur und die Grundlage des öffentlichen und privaten Lebens sei. Diese Auffassung ist durch die Propaganda des Liberalismus und die Phrasen des Kapitalismus in die Köpfe der Menschen hineingepaukt worden und sie hat durch die Werke unserer klassischen Dichter und Denker Unterstützung gefunden. Die Freiheit auf allen Gebieten sollte als die Signatur unseres Zeitalters gelten: Wahlfreiheit, Redefreiheit, Religionsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Gewerbefreiheit, Handelsfreiheit, Vertragsfreiheit, kurz und gut Bewegungsfreiheit nach allen Richtungen hin. Jeder Zwang wurde als ein unberechtigter Eingriff in die Freiheit des Einzelmenschen empfunden und darum rundweg abgelehnt.

Diese Anschauung, die einen Rückschlag bildet gegen die Gebundenheit des Mittelalters, machte allmählich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine Umwandlung durch. Weil die Menschheit am eigenen Leibe verspürte, wohin sie durch die schrankenlose Freiheit gekommen war, unterzog sie den Freiheitsbegriff einer Nachprüfung, wobei sie dann erkannte, daß die kapitalistische Freiheit zu einer Raubtierfreiheit ausgeartet war, die als notwendiges Gegengewicht eine Einschränkung forderte. Man fühlte instinktiv, daß das Prinzip der Freiheit ergänzt werden müsse durch die Organisation, durch die Bindung der verschiedenen Willensrichtungen zu einem starken Kollektivwillen. Jetzt kam auch der einstmals so verurteilte Zwang wieder zu Ehren.

Zunächst stellte der moderne Staat den Grundsatz auf, daß er das Recht habe, durch Zwangsmittel in das Zusammenleben und Zusammenwirken seiner Bürger einzugreifen; er erließ Bestimmungen, die das Recht und die

Freiheit des einen abgrenzen sollten gegen die Rechte und die Freiheiten der andern. Das Gemeinwohl und das Allgemeininteresse waren die Dämme, an denen sich die Willensströmungen des einzelnen brachen; wo höhere Interessen in Frage kamen, mußte die Freiheit des Individuums dem Zwange des Staates weichen. So entstand die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Regelung des Wohnungswesens, die staatliche Fürsorge für alle öffentlichen Bedürfnisse, so wurde der Schulzwang eingeführt, der als ein treffendes Beispiel eines moralischen Zwanges aufgezeigt werden kann. Gleichzeitig empfanden auch die fortgeschrittenen Arbeiter die Notwendigkeit einer Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Organisation, indem sie sich gegenseitig zwangen, in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse Rücksicht zu üben und das private Interesse mit dem Interesse der Kollegen in ein richtiges Verhältnis zu bringen. Zögernd und gleichsam widerwillig folgten auch die Unternehmer nach, sie warfen das Prinzip der freien Konkurrenz über Bord und beugten sich unter den Zwang ihrer Kartelle und Syndikate, sie verzichteten auf die Vertragsfreiheit und erstekten den freien Arbeitsvertrag durch den Kollektivvertrag und das Tarifwesen. So bricht sich überall die Ueberzeugung Bahn, daß Zwang und Freiheit sich nicht ausschließen, sondern daß sie sich gegenseitig ergänzen müssen.

Gegen den Lebensmittelwucher!

Europa steht schon seit Jahren im Zeichen der Teuerung. Die anhaltende Dürre des verflossenen Sommers hat durch teilweise große Missernten diese Kalamität in ganz ungewöhnlicher Weise verschärft. Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel, wie Kartoffeln, Zucker, Gemüse, Milch, Butter, Schmalz, Fleisch und Brot, steigen in ganz ungeheurer Weise. Und das Proletariat sieht mit Bangen dem kommenden Winter entgegen. Keine Aussicht auf Verbilligung der Lebensmittel, vielmehr sieht eine weitere enorme Steigerung der Preise in Aussicht.

Es darf keineswegs angenommen werden, daß die anhaltende Dürre des Sommers, wodurch vor allem in vielen Gegenden die Heu-, Rüben- und Kartoffelernte geradezu vernichtet worden ist, allein an der Steigerung der Lebensmittelpreise die Schuld trägt. Den vielen Missernten stehen auch wieder günstige Ergebnisse gegenüber. Nordamerika, Rußland, Ungarn und auch die Balkanstaaten können über günstige Ernten vor allem in Getreide und Futtermitteln berichten. Was läge näher, als nun einen Ausgleich und damit eine Linderung der Not zu schaffen! Würden die sogenannten Kulturstaaten vom Gesichtspunkt der allgemeinen Volkswohlfahrt aus verhalten, dann könnte dies ohne weiteres durchgeführt werden. Aber die Regierungen dieser Staaten fühlen sich nur als der Verwaltungsausschuß der Unternehmerrkartelle, der Agrarier, der Großgrundbesitzer. Denen jubelte hat man Grenzsperrn und ungeheure Zölle eingeführt, wodurch auf künstliche Weise die Einfuhr vorhandener Ueberschüsse an Fleisch, Getreide und Futtermitteln verhindert oder zumeist in großem Maße beschränkt wird. Die Großagrarien, diese außerordentlichen Lieblinge der Regierungsmaschinerie, sollen nicht unter der jeweiligen Konkurrenz des Auslands leiden und mit ihren Hunger- und Wucherpreisen auf die notwendigen Lebensmittel der großen Masse des Volkes heruntergehen brauchen. Deshalb schützt sie der weise Vater Staat durch hohe Zölle jeglicher Art, durch Einfuhrzölle und sonstige gute Dinge. Die Junker müßten sich auf Kosten des Volkes und scharren mühselos Reichthümer zusammen. Und das Volk schreit nach Brot.

Das Volk verlangt in teilweise stürmischer Art Abhilfe. Es erhebt ungestüm Protest gegen den Lebensmittelwucher. Doch der kapitalistische Staat pocht auf seine Macht. Die Hungerrevolten in Belgien und Frankreich hat man schnell unterdrückt. In Wien, wo man gleichfalls nach Verbilligung von Fleisch und Brot schrie, erhielt es blaue Bohnen statt warmer Semmeln...

Die Macht des Junkertums ist groß. Die Agrarier würden in ihrem verblendeten Egoismus jedem Versuch der Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel brutal entgegenzutreten. Und sie haben das Heft der Regierungsgewalt in den Händen. Was thut sie der Hunger des Proletariats! Ihnen gilt das eigene Wohl alles und mag darüber auch das Volk zugrunde gehen!

Die Regierungen versuchen es mit Palliativmitteln. Man ermäßigt die Frucht auf Futtermittel und gibt gute „Ratschläge“, wie man trotz Futternot dennoch den Viehstand erhalten könne. Das ist alles. An durchgreifende Maßregeln dürfen die Regierungen nicht im Traume denken. Der Junker wacht.

Das Volk hat es trotzdem in der Hand, hier korrigierend einzugreifen. Abgesehen von den politischen Wahlen, bei denen das arbeitende Volk mit den Fleisch- und Brotwuchern und deren Helfershelfern gründliche Abrechnung halten kann, bietet einen Ausweg die Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaftsverbände bilden ein gutes Mittel, um die steigende Teuerung der Lebensmittel auszugleichen. Die Arbeiter müssen sich fester und fester in ihren wirtschaftlichen Organisationen zusammenschließen, um das, was ihnen durch den Lebensmittelwucher abgenommen wird, durch Erhöhung der Löhne wieder wett zu machen. Geschicht es nicht, dann wird die Lebenshaltung der Arbeiter noch mehr verkommen, als sie ohnehin schon ist.

Es ist also notwendig, daß sich die Arbeiterschaft zu größeren wirtschaftlichen Kämpfen rüstet. Denn es mag sich keiner in der trügerischen Hoffnung wegen, daß sich das Unternehmertum aus freien Stücken zu einer Aufbesserung der Löhne herbeiläßt. Dazu sind diese Kapitalisten nur in ganz verschwindender Anzahl bereit. Und auch dann nur, wenn hinter den Forderungen der Arbeiter die Gewerkschaft steht, mit deren Macht das Unternehmertum zu rechnen hat.

Der kommende Winter legt allerdings einer großen Anzahl von Gewerkschaften bei ihren Aktionen eine größere Reserve auf. Der stetig im Winter wiederkehrende vermehrte Beschäftigungsgrad bedingt dies. Aber was jeder echte Gewerkschafter zu tun verpflichtet ist, das ist, daß er die Wintermonate zu intensiver Agitation für die Gewerkschaftsbewegung ausnützt! Auf allen Arbeitsplätzen, überall wo Proletarier zusammenkommen, muß auf die ungeheure Lebensmittelteuerung hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht werden, daß es in erster Linie die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften ist, dafür zu sorgen, daß hier ein Ausgleich durch Erhöhung der Löhne geschaffen wird. Es muß dabei auch darauf hingewiesen werden, daß durchgreifende und erfolgreiche Lohnbewegungen nur geführt werden können, wenn die große Masse der Berufsangehörigen einmütig zur Gewerkschaftsorganisation steht und so durch die Wucht der Argumente und wirtschaftlichen Stöckkraft dem Unternehmertum das abringt, was ihr auf der andern Seite durch die Preistreiber der Kartelle und Lebensmittelwucherer entrisen wird.

Diese Aufgabe mag jeder Gewerkschafter gewissenhaft erfüllen. Es gilt, immer weitere Volkskreise aus ihrer Vethargie aufzurütteln und ihnen zu sagen, was die Schuld trägt an ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage, und die Wege zu weisen, die aus dieser Kalamität herauszuführen. Die Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen ist eine Aufgabe, die nie außer acht

gelassen werden darf. Nur starke Organisationen werden für die Arbeiterschaft erfolgreich wirken können.

Man vergesse aber auch nicht, dem arbeitenden Volke zu sagen, daß die jetzt herrschende Lebensmittelteuerung gleich vielen andern unerfreulichen Erscheinungen nichts weiter als ein Ergebnis der Wirkungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Darin ist auch diese Teuerung begründet. Deshalb gilt es, nicht nur die gewerkschaftlichen, sondern auch die politischen Organisationen der Arbeiter zu stärken. Als solche kommen nur Organisationen in Betracht, deren Tendenz dahin geht, die kapitalistische Produktionsform, diese Quelle aller Not und Entbehrung des arbeitenden Volkes, wirksam zu bekämpfen, und zwar so, daß nicht nur ihre gefährlichsten Auswüchse, sondern sie selbst beseitigt wird! Das kann aber nur durch die sozialistische Bewegung geschehen, deren Aufgabe es ist, die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die sozialistische zu ersetzen. Dieser Organisation muß jeder Arbeiter angehören, der das Unrecht des kapitalistischen Systems täglich am eigenen Leibe erlebt und sich vorgenommen hat, dieses System bis zu dessen Untergang zu bekämpfen!

Sinein also in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen! Das ist die Erkenntnis, die jeder Arbeiter auch aus dem ungeheuerlichen Lebensmittelwucher der Jetztzeit schöpfen muß! Nur dadurch wird dieser bekämpft und in wirksamer Weise die Bahn vorbereitet, die den kapitalistischen Staat und damit auch jeden Lebensmittelwucher beseitigt!

Der Zwischenmeister.

Der Kampf um das Lohnsystem, das mit einer Gewalt einsetzende Ringen um letzteres machen immer größere Fortschritte und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo die Akkordarbeit in Berlin endgültig beseitigt sein wird. Die hiesigen Marmorarbeiter sind auf dem besten Wege dahin und man kommt zu der Ansicht, daß es nicht mehr, die Meinung eines einzelnen ist!

Die letzte Marmorarbeiterversammlung beschloß sich wieder einmal eingehend mit dieser Materie und die Gemüter platzten oft recht hart aufeinander. Hierbei galt es, den Akkordverfechtern die Ueberzeugung beizubringen, daß es endlich an der Zeit ist, mit dem Akkordarbeiten ein Ende zu machen. Nach jahrelangem Ringen blieben nur noch 5 Prozent übrig, welche für das Lohnsystem nicht zu begeistern waren.

Vom physischen wie moralischen Standpunkte aus habe ich mich über die Schädlichkeit der Akkordarbeit schon oft genug geäußert, und der Gegner mag denken wie er will, eins ist richtig: Wenn alle Arbeiter das Akkordsystem freiwillig hochhalten wollten, würden sie nur das darin verkörperte eigene Ich zur Schau bringen, nicht aber das Streben für ein solides Verhältnis, nach Verbesserung der allgemeinen Lage. Anders steht es natürlich bei dem von den Arbeitgebern aufgezungenen Akkordsystem.

Doch auch hier tritt eine Besserung ein. Denn nun ist das Verlangen nach Abschaffung der Akkordarbeit auch bei den in den Werkstellen beschäftigten Marmorarbeitern zum Durchbruch gekommen und es ist Aussicht vorhanden, daß mit etwas Energie das Lohnsystem in nicht allzu langer Zeit eingeführt sein wird.

Wir haben nun gesehen, auf welcher eigenartigen Weise Unterakkordanten resp. Zwischenmeister entstehen können und es ist die Frage aufgeworfen worden: „Dürfen wir bei Zwischenmeistern arbeiten?“

Zweierlei Meinung konnte man in der betreffenden Versammlung hören. Ich vertrete nun eine Anschauung, welche nach meiner Ueberzeugung das Gros der Versammlung nicht gehabt hat.

Haben wir mit einem Zwischenunternehmer zu tun, so wird das für uns gesteckte Ziel schwerer erreichbar sein, weil wir hier wissen, daß derselbe sich auf seine eigene Arbeitskraft stützt.

Nun haben wir es oft auch mit Zwischenunternehmern zu tun, wo es überhaupt gar nicht erst lange zu fragen gilt, „soll man bei diesem arbeiten oder nicht?“ Es sind nämlich solche, welche als ehemalige Arbeitswillige keine Arbeit finden können, da sie wissen, daß Organisierte mit ihnen nicht arbeiten wollen. Nun frage ich: wie kommen wir dazu, die früheren Streikbrecher noch zu unterstützen? Ist nicht der durch unsre Arbeit für ihn geschaffene Profit gleich einer Prämie für sein Vorgehen gegen seine früheren Arbeitskollegen?

Aus diesen und vielen andern Gründen ist es auch hier eine moralische Pflicht, einzutreten in den Kampf gegen die Zwischenmeister, um dann gegen den eigentlichen Unternehmer energischer vorgehen zu können, wenn es sich um Unterdrückung unserer gerechten Forderungen handelt. Ich überlasse diese Beurteilungen dem Urteil sämtlicher Kollegen. Emil Höft.

Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats

pro 2. Quartal 1911.

(Der deutsche Bericht ist weggelassen.)

Deutsches Reich. In den Bericht des zweiten Quartals fällt unser vierter Verbandstag, welcher zu den Osterfeiertagen stattgefunden hat. Diese sachliche und gründliche Tagung übte einen nachhaltigen Einfluß auf die Mitglieder zugunsten des Verbandes aus, wodurch auch ein inniger Kontakt im Verbandsverhältnis zwischen den sprachlich verschiedenen Kollegen hergestellt wurde. Infolge der mit den Unternehmern geführten großen Kämpfe, die an Opfer reich waren und für unsern Verband eine außergewöhnliche Kraftleistung darstellten, mußte sich der Verbandstag mit der Vertragsserhöhung befassen, damit der Streikfonds den kommenden Ansprüchen wieder gerecht werden kann. Die Vertragsserhöhung, ein für eine Gewerkschaft keinesfalls leichtes Experiment, ist ohne Mitgliederverlust und ohne Schaden für den Verband verlaufen. In jedem Kollegen hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß wir gegen die geschlossene Macht der Unternehmer eine gut fundierte Streikkasse haben müssen. Das war auch die Ursache, daß neben der Erhöhung des Centralbeitrags in jeder Klasse um 10 Heller wöchentlich auch gleichzeitig in einzelnen Orten ein Lokalwiderstandsfonds separat von wöchentlich 10, ja sogar 20 Heller beschlossen wurde. Neben der wichtigen Angelegenheit der Stärkung des Kampffonds wurde auch das Unterstützungswesen nicht außer acht gelassen.

Wir haben im zweiten Quartal in drei Orten den Tarif erneuert und in vier Orten den ersten Tarif abgeschlossen. An einem Orte war ein Abwehrstreik notwendig, der zugunsten der Kollegen beendet wurde. Eine große Ausperrung hatten wir in Schlesien durchzumachen, welche 14 Wochen in Anspruch nahm und zum Schlusse des Quartals noch nicht erledigt war. Dieser Lohnkampf, an welchem sich 837 Kollegen beteiligt haben, war der größte seit dem Bestande unserer Organisation. Die Unternehmer hatten einen Tarif, der 3 bis 30 Prozent schlechter war wie der früher bestandene, den Arbeiter vorgelegt. Da sich die Steinarbeiter in Schlesien geweigert haben, eine solche Lohnreduzierung zu unterschreiben, wurden sie ausgesperrt.

Wir haben fast in allen Industriezweigen der Steinbearbeitung gegenwärtig wenig Arbeit. In der Granitindustrie herrscht harter Mangel an Aufträgen, so daß an einigen Orten die Betriebe ganz oder teilweise eingestellt werden. Nicht besser steht es in den Marmor- und Kalksteinbetrieben, die sich mit Bauarbeit befassen. In ganz Deutschland haben wir eine Stagnation in der Steinindustrie, die schlechten Verdienst und Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Die Aussicht für die nächste Zeit ist für die Steinarbeiter trübe und läßt auf einen forgnvollen Winter

schließen. Wir können bei dieser Sachlage mit Freuden bemerken, daß unser Verband bei den Mitgliedern hohen Wert genießt, weil trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse die Steinarbeiter ihrer Organisation unentwegt treu bleiben.

Dänemark. Marmorsteleifer. Die Sektion Kopenhagen zählt 40 Mitglieder. Die Rechnung balanciert mit einer Einnahme von 895.94 Kronen und einer Ausgabe von 895.35 Kronen. An die Arbeitslosen wurden ausbezahlt 170.88 Kronen. Kassenbestand 735.50 Kronen.

Holland. Die Mitgliederzahl ist um 40 Mann gestiegen durch die Gründung der Zahlstelle Leiden. In verschiedenen Städten Hollands haben Lohnbewegungen stattgefunden. In Arnheim haben die Kollegen eine Lohnerhöhung erzielt von 2 bis 3 Cts. per Stunde. Auch bei der neugegründeten Zahlstelle Leiden ist der Lohn von 22 auf 25 bis 30 Cts. per Stunde gestiegen, zudem ist die Arbeitszeit verkürzt worden auf 10 Stunden pro Tag. Diese Verbesserung ist für unsere Organisation in dieser rückständigen Stadt von größter Bedeutung. In Amsterdam, der Hauptstadt des Landes, ist für uns noch nicht viel zu erreichen. Die Sozialisten beherrschen bis jetzt noch immer die Situation.

Durch die zweite Kammer des holländischen Parlaments ist ein Gesetz angenommen worden, das sich ganz mit dem Schutz der Steinarbeiter beschäftigt. Die besten Bestimmungen sind, daß die Arbeitszeit auf ein Maximum von 9 Stunden festgesetzt wurde, mit einem Uebergang von zwei Jahren mit 10 Stunden. Jugendliche Arbeiter müssen auf ihre Gesundheit untersucht werden, bevor sie zum Steinhauerberufe zugelassen werden können. Die Zulassung kann erst geschehen nach dem 14. Jahre. Jedes Jahr bis zum Alter von 18 Jahren müssen die Jugendlichen sich einer Untersuchung unterziehen und können sie bis zum Alter von 21 Jahren von der Berufsausübung ausgeschlossen werden. Die Arbeitsstunden und Werkstätten sind Ausnahmestimmungen unterworfen in bezug auf Größe und Ventilation. Künstlich darf nicht verwendet werden. Jugendliche Arbeiter dürfen nicht im Afford beschäftigt werden. Weiter ist es der Gewerbeinspektion überlassen, noch schärfere Bestimmungen zu treffen zum Schutze der Steinhauer. Trinkwasser und Werkzeug muß vorhanden sein. Der Raum der Werkstätte muß der Zahl der Arbeiter entsprechen. Die Buden sind von Staub und Abfällen zu reinigen. Besonders schwere oder für die Gesundheit schädliche Werkzeuge können verboten werden.

Belgien. Im zweiten Quartal ist unsere Mitgliederzahl auf 11.050 gestiegen, neue Sektionen wurden gebildet in Battice und Masy. In der Provinz Namur erhöht sich die Mitgliederzahl sehr rapid. In der Provinz Liège befanden sich schon seit längerer Zeit 1000 Mann im Streik, derselbe wurde beendet mit einer Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde, eine weitere halbe Stunde Verkürzung tritt daselbst mit 1912 in Kraft, so daß wir endlich auch hier im nächsten Jahre die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt haben.

Am 4. Juni fand eine Delegiertenversammlung statt. Aus derselben entnehmen wir folgendes: Anwesend waren 45 Delegierte, die 52 Sektionen vertraten. Die Einnahmen an Beiträgen haben sich gegenüber dem Vorjahre verdoppelt. Es wurde beschlossen, nebst den bisherigen Beiträgen noch Extrabeiträge, das heißt Sozialbeiträge für die Konstitution der Gauferretariate in der Höhe von 10 und 15 Cts. zu erheben. Interessant ist, daß auch nicht ein Delegierter sich dagegen aussprach, alle waren sich bewußt, daß die jetzt bestehenden Gauferretariate noch nicht genügend und solche auch in andern Provinzen zu schaffen sind. Längere Zeit wurde diskutiert, ob nicht eine Kommission, aus den verschiedenen Landesstellen zusammengesetzt, einen Einheits-tarif für Sandsteinarbeiter für das ganze Land vorzubereiten habe, und beschlossen, dem Zentralvorstand Weisung zu geben, die Sache weiter zu verfolgen, da zurzeit noch verschiedene Delegierte Bedenken dagegen hatten. Dann lag ein Antrag vor, es sei eine Arbeitslosenunterstützungsklasse einzuführen; diese sollte eine Uebergangsstufe fakultativ sein, dann aber obligatorisch erklärt werden. Man wurde dann einig, daß die Sektionen selbst in dieser Sache einen Vorstoß machen, um den Verband in späteren Zeiten eher in die Möglichkeit der Einführung dieses Unterstützungszweiges zu versetzen.

Schweiz. Obwohl im Tessin durch allerlei Quertreibereien versucht wurde, den Verband zu schwächen, und daselbst verschiedene Elemente, teils aus Syndikalismus, teils aus Neid und Mache wegen Kongreßbeschlüssen, mit ganz gemeinen Mitteln die Zentralisation bekämpften und eifrig für Kostrennung und Gründung eines eigenen Verbandes auftraten hat sich die Mitgliederzahl des Verbandes gehoben. Ausgetreten sind nur zwei Sektionen im Tessin, alle übrigen bleiben dem Verbands treu. Mit 15. Juni wurde das Gauferretariat im Tessin aufgehoben, da es in keinem Verhältnis zu den von dort zur Verfügung gestellten Mitteln stand und wurde an dessen Stelle ein zweiter Sekretärposten im Zentralverbande geschaffen. Tatsächlich lag die Organisation im Tessin ganz daneben, doch konnte sie, allerdings mit vieler Mühe, wieder gehoben werden. Durch die gute Konjunktur im zweiten Quartal in der Sandsteinindustrie entstanden an verschiedenen Orten Verlangen nach Verbesserungen und haben wir deshalb auch drei Streiks mit 116 Beteiligten zu verzeichnen, zwei wurden mit Erfolg beendet, einer, der von den französischen Syndikalisten provoziert wurde, war resultatlos. Bewegungen waren zehn mit 245 Beteiligten, acht hatten guten Erfolg, einer teilweise und einer war erfolglos. Meistens handelte es sich um Vertragserneuerungen und Lohnerhöhungen.

Die Kunststeinindustrie ist an einigen Orten wieder im Abnehmen begriffen, doch ist noch nicht ersichtlich, ob dies anhaltend oder nur vorübergehend sein wird.

Italien. Die Zahl der Sektionen beträgt zurzeit 44 mit 3194 Mitgliedern. Wenn im letzten Jahre sechs Sektionen sich aufgelöst hatten, so wurden in diesem Jahre gerade so viel wieder neu gegründet. Bewegungen waren bis jetzt acht, von denen sechs erledigt sind, zwei davon sind noch pendend. Die Bewegungen erstreckten sich auf sieben Lokalitäten, umfaßten 36 Betriebe mit 428 Arbeitern. Eine wurde ohne Streik erledigt, bei drei waren Streiks nur von kurzer Dauer, zwei umfaßten über 100 Beteiligte und dauerten 102 Tage. Mit dem Resultat können wir uns befriedigt erklären. Die Errungenschaften waren Lohnerhöhungen von über 50 Cts. pro Tag, Verbesserungen der Arbeitsverträge, Bezahlung der Ueberstunden sowie der Nacht- und Sonntagsarbeit.

Korrespondenzen.

Berlin. Um die Ausschaltung der Zwischenfirma für steinmehrmäßige Bearbeitung von Kunststein (Mingers u. Schille) zu bewirken, hatten die Kollegen von Czarnikow beantragt, einen Kunststein-Affordtarif nach Leipziger Muster zur Einführung zu bringen. Sie gingen von der Ansicht aus, daß die Firma Czarnikow nur ein Paar in der Lohnarbeit gefunden hätte und sich deshalb zur Fertigstellung ihrer Arbeiten eines Zwischenmeisters bediene, der dieselben in Afford übernimmt. Würden sie selbst die Arbeiten in Afford übernehmen (so schloffen sie weiter), so würde die Firma Czarnikow die Arbeiten nach wie vor von ihnen ausführen lassen. Ihrer Absicht stand der Organisationsbeschluss: „Kunststeinarbeiten dürfen nur in Lohn ausgeführt werden“ entgegen. — Sämtliche Redner der wegen dieser Angelegenheit einberufenen Versammlung stimmten in der Beurteilung des Zwischenmeistersystems überein, nur wenige hingegen konnten sich dem beantragten Abwehrmittel anschließen. Als ein vor kurzem von der Firma Mingers u. Schille entlassener Kollege den schon vorhandenen Konfliktstoff durch neue Klagen vermehrte, beschloß die Versammlung kurzerhand, der genannten Firma die Leute zu entziehen, worauf die

Czarnikow'schen Kollegen ihren Antrag zurückzogen. — Die Sperre ist darauf durchgeführt worden; Verhandlungen mit der Firma Czarnikow brachten jedoch nicht den gewünschten Erfolg. — Kollege Louis Jahnmarkt, bekannt durch seine frühere erfolgreiche Tätigkeit im Bunzlauer Distrikt, wurde zum stellvertretenden Leiter der Sektion I gewählt.

Dresden. In der am 27. September stattgefundenen, gut besuchten Versammlung der Steinarbeiter von Dresden und Umgebung gab der Vertrauensmann, Kollege Seidel, zunächst das Resultat der achtwöchigen Kontrollberechnung bekannt. Diese fand statt, um die Ortsprocente für den Normaltarif für Sachsen festlegen zu können. Es müßten demnach die im Zahlstellenbereich befindlichen Orte Dresden und Pirna 24 Prozent, Schönau 10 und Posta 5 Prozent Ortszulage erhalten, um ihre jetzt bestehenden Lohnsätze zu erreichen. Trotzdem nun die Kommission der Arbeitgeber in den Sitzungen vom 2. und 25. Mai 1911 die bestimmte Erklärung abgegeben hatte, daß nach beendeter Kontrollberechnung, und zwar spätestens am 15. August, der Normaltarif mit den ausgerechneten Prozentsätzen und der noch geschaffenen Neuerung: Entschädigung des Geschirrs, ohne weiteres in Kraft trete, trotzdem weiter die Kontrollberechnungen teils mit den Polizern und Arbeitgebern vorgenommen wurden und sämtliche Exemplar mit Firmenstempel versehen, also als richtig beglaubigt wurde, erklärten nun die Unternehmer, das Resultat erst einer nochmaligen Prüfung unterziehen zu müssen. Und nun haben bis heute die Herren noch nichts von sich hören lassen. Die Versammlung erblickt in diesem Verhalten der Unternehmer nur eine absichtliche Verschleppung. In der sehr erregten und lebhaften Diskussion waren fast sämtliche Redner der Meinung, daß ein sehr großer Teil Schuld an der Verschleppung dem Zentralvorstand beizumessen ist, da er den Arbeitgebern ständig zuviel Vertrauen entgegenbrachte, und nicht energisch genug auf eine schnellere Erledigung der ganzen Angelegenheit gedrungen hat. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 27. September stattgefundenen, gut besuchte Versammlung der Steinarbeiter von Dresden und Umgebung protestiert aufs schärfste gegen die Verschleppungstaktik der Unternehmer sowie gegen das Verhalten des Zentralvorstandes (insbesondere des Kollegen Starke), und verlangt, daß bis spätestens den 4. Oktober eine Sitzung der Gesamtkommission stattfindet, welche die Angelegenheit: Normaltarif betreffend, endgültig regelt.“ Im weiteren berichtet Seidel über den Streitfall beim Obermeister Hempel. Dieser fügte sich einem Urteil des Schiedsgerichts nicht im geringsten und daher wurde eine Klage vor dem Gewerbegericht anhängig gemacht. Das Gewerbegericht, welches in früheren Fällen sich ohne weiteres dem Urteil unfreies Schiedsgerichts angeschlossen hat, nimmt in diesem Falle eine recht eigentümliche Stellung ein. Da heißt es zunächst an der nötigen Begründung (1) des Schiedsspruches, weiter soll für den zu beurteilenden Fall der Dresdner Tarif lückenhaft sein und andres mehr. Das Gewerbegericht regt daher einen Vergleich an, welcher unsererseits jedoch, weil das Angebot seitens Hempel zu minimal war, abgelehnt wurde. Man wird nun die Forderung, welche für Einhaltung der Schiedssprüche Sorge zu tragen hat, regerechthaltig machen. Weiter erjucht der Vertrauensmann die Kollegen, sich recht zahlreich an der Exkursion in das Krematorium zu beteiligen.

Heppenheim (Odenwald). Am 24. September fand im Gasthaus zur Bergstraße eine Mitgliederversammlung statt. Beim 1. Punkt: Wahl eines Kassierers, wurde Kollege Helfrich gewählt, da Kollege Dejan sein Amt niederlegte. Im weiteren gab der Ortsstatistiker das Ergebnis der Statistik bekannt. Es beteiligten sich 85 Kollegen daran. Von diesen sind 64 verheiratet mit einer Kinderzahl von 154. Der Durchschnittsverdienst der Steinmehnen beträgt 4.70 Mark pro Tag; der Durchschnittsverdienst der Pflesterer 5.52 Mark. Von den Beteiligten waren krank an Rheumatismus 10 Kollegen, an Hals- und Lungenleiden 6 Kollegen, Verletzungen im Beruf 7, an andern Krankheiten 5 Kollegen. Ein Antrag betreffs Gründung eines Gewerkschaftsartikels in Heppenheim wurde einstimmig angenommen. Unter Verschleppung wurden die Kollegen einer Kritik unterzogen, die ganz vergessen haben, ihren Verpflichtungen dem Verbands gegenüber nachzukommen. Wahrscheinlich können sich dieselben auch nicht mehr an die Aussprüche erinnern, wo der Verband doch voll und ganz seine Pflicht erfüllt hat.

Gera. Die am 30. September stattgefundenene Versammlung war sehr gut besucht. Ueber das Thema: Der Auffassung des Steinarbeiterverbandes und dessen Tarifpolitik, sprach Kollege Staudinger. Eine Debatte über den Vortrag selbst setzte nicht ein. Um so ausgiebiger wurden die örtlichen Verhältnisse getrefft. Die Sandsteinmehnen wurden leider teilweise vom Verband nichts wissen. Es ist das sehr bedauerlich, weil hier gerade die politische Bewegung sehr gute Fortschritte gemacht hat. — Im Granitwerk wurde dem Kollegen Peter gekündigt. Nach Angaben des Unternehmers soll Arbeitsmangel vorliegen. Die Kollegen sind aber der Meinung, daß der Unternehmer unser würdiges Mitglied sehr gern los haben will. Eine Kommission wird sofort vorstellig werden, denn was heute dem Kollegen P. passiert, kann morgen einem andern unterlaufen. Die hiesigen Kollegen sind nicht gewillt, daß die Unternehmer mit der Entlassung nach Belieben halten und walten können. — Der Kassierer Neumeister trug über das 3. Quartal die Abrechnung vor. Einwendungen wurden nicht erhoben.

Münster i. W. Da es im benachbarten Hiltrup mit der Kunststeinfabrik zu Ende gegangen ist, so hat die Zahlstelle Münster ein großes Manko zu verzeichnen an Zahl der Kollegen. Trotzdem hatten wir eine ziemlich gut besuchte Versammlung am 24. September. 60 Prozent der Kollegen gaben ihre Statistik-karte richtig ab. Der Antrag des Kollegen Zumbrin, daß den Kollegen, welche bis zu 20 Wochen krank waren und noch nicht unterstützungsberechtigt sind, keinerlei Unterstützung aus der Lokalstelle zu gewähren sei, wurde zurückgestellt. Zum Schriftführer wurde Kollege Thöne gewählt. Ueber eine Anfrage des Gauleiters Herrmann wurde der Versammlung Kenntnis gegeben. Nach dem Streik, der diesen Sommer hier stattfand, hat sich einiges gebessert, so ist z. B. das wilde Affordsystem in einen geregelten Stundenlohn umgewandelt.

Oberpeilau (Schlesien). Der mit der Firma J. C. W. Hänel, Marmorwerke, G. m. b. H. in Oberpeilau abgeschlossene Lohnvertrag hat folgenden Wortlaut:

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist zehnstündig, und zwar von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, die Pausen wie bisher. Bei eintretendem Arbeitsmangel, der zur Verkürzung der Arbeitszeit führt, muß diese Verkürzung für alle Steinmehnen gleich sein. Sonnabends ist nachmittags 5 Uhr Schluß der Arbeitszeit mit Einschluß der Lohnzahlung unter Wegfall der Nachmittagspause. Am Tage vor hohen Festtagen ist nachmittags um 4 Uhr Schluß.
2. Tagelohn. Der Lohn eines gelernten Steinmehnen beträgt pro Stunde 38 Pfg. Ausgelernte Steinmehnen erhalten das erste Jahr 33 Pfg. Verlangte Ueberstunden werden die erste Stunde mit 5 Pfg., jede weitere Stunde mit 10 Pfg. Zuschlag bezahlt, verlangte Sonntagsarbeit mit 15 Pfg. Bei Affordarbeit wird der Ueberstundenlohn zugesagt. Vom 1. April 1912 ab beträgt der Lohn für gelernte Steinmehnen pro Stunde 40 Pfg. Ausgelernte Steinmehnen erhalten dann das erste Jahr 35 Pfg. Verlangte Ueberstunden und Sonntagsarbeiten werden wie vorstehend bezahlt.
3. Affordarbeiten. Die Marmorarten werden wegen ihrer Härte und verschiedenartigen Bearbeitung in verschiedene Klassen eingeteilt:
 1. Klasse: Die schlesischen Marmore, blau, braun wie üblich. Für den Quadratmeter Flächeninhalt an diesen Marmoren werden 4 Mark bezahlt.

2. Klasse: Carrara, Penteli weiß und blau, Kaiser und Lindewiese pro Quadratmeter 4.50 Mark.

3. Klasse: Sämtliche bunte Steine, welche bisher gearbeitet worden sind, mit Ausnahme der unter Klasse 4 bezeichneten, pro Quadratmeter 6 Mark.

4. Klasse: Portland, Noir fin, Bert antico, Cicolino, Schweizer und Griechischer, Bert des Alpes, Levanto vossa pro Quadratmeter 8 Mark.

Bedingungen. Das Werkzeug liefert die Firma und trägt auch die Kosten für das Schärfen desselben. Von den Steinmehnen sind die auf den Arbeitszetteln befindlichen Kommissionsnummern vor Ablieferung des Werkstoffes auf das letzte zu setzen. Die vorgeschriebene Arbeitszeit ist streng einzuhalten.

Zu zwei Ueberstunden täglich (Sonnabends ausgeschlossen) ist jeder Steinmehnen in dringenden Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers verpflichtet und wird dafür der festgesetzte Zuschlag bezahlt.

Dieser Tarif tritt am 2. September in Kraft, er hat Gültigkeit bis 1. Mai 1914 und gilt wieder auf ein Jahr weiter, wenn er nicht von einer Seite mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Tarifs gekündigt wird. Im Falle einer Kündigung hat die kündigende Partei gleichzeitig mit der Kündigung Anträge für den neuen Tarif schriftlich zu stellen und beide Parteien haben nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen vor Ablauf des alten Tarifs beendet sind.

Vorstandender Tarif wird durch die nachfolgenden Unterschriften sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Firma für die Dauer der festgesetzten Kontraktzeit als bindend anerkannt.

Oberpeilau, 1. September 1911.
J. C. W. Hänel, Marmorwerke, G. m. b. H., Joseph Hein.
Für die Arbeiter:
W. Kleinert, S. Bother, A. Stanke.

Der Abschluß sichert den Kollegen eine kleine Lohnzulage zu. Der Verband, welcher hier mit sehr schwierigen Verhältnissen zu rechnen hat, hat sich für die Mitglieder sehr nützlich erwiesen. Mögen in Zukunft die Kollegen einig sein, damit das Erzielte nicht verloren geht.

Selb (Fichtelgebirge). Am 24. September tagte in der Zentrallhalle eine gemeinsame Versammlung der Stein- und Bauarbeiter betreffs Entsendung eines Delegierten zur Bauarbeiter-Konferenz nach München. Da jedoch die Maurer bereits mit ihren Kollegen in Hof einen gemeinsamen Delegierten entsenden, so mußten die Steinarbeiter wegen der hohen Kosten von einer Delegation Abstand nehmen. Hoffmann brachte sodann einen Fall zur Sprache, wo Kollegen sich fortgesetzt gegen die Arbeitsordnung vergingen, indem sie Montage „blau“ machten. Die Firma entließ daher die beiden. Dieselben verklagten die Firma bei dem Gewerbegericht in Selb, wurden jedoch mit ihren Ansprüchen gegen die Firma abgewiesen. Die Kollegen waren einig, daß die Vorstandschaft der Zahlstelle unterrichtet, daß sie in einem derartigen Falle keinen Rechtsanspruch haben. Mit Recht bezeichnete Kollege Hoffmann diese „Blauarbeiter“ als Unfug und als ein die Organisation schädigendes Treiben. Wiederholt sei auf die Folgen dieses Unwesens im „Steinarbeiter“ hingewiesen worden. In der Diskussion wurde von sämtlichen Rednern das Verhalten der beiden Kollegen scharf verurteilt.

Steinach und Hafenthal. Am Sonntag, den 17., und Montag, den 18. September, fand je eine Versammlung der Griffelmacher, Räumler und Weststeinmacher in Steinach und Hafenthal statt, in welcher Kollege Lohse über: Der deutsche Steinarbeiterverband und seine Errungenschaften referierte. Er verstand es, mit seinen Ausführungen sämtliche Anwesende zu fesseln, so daß ihm am Schluß voller Beifall zuteil wurde. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Langhammer. Er wies darauf hin, daß doch nur die Organisation alle Uebel beseitigen kann. Er ermahnte die Arbeitskollegen, immer Solidaritätsgefühl walten zu lassen. Den Ausführungen des Kollegen Langhammer wurde völlig beigestimmt. Es haben sich dann wieder 18 Kollegen angemeldet und es ist zur Gründung der Zahlstelle geschritten worden, die in Steinach 79 und in Hafenthal 38 Mitglieder zählt. Die Ortsverwaltungen sind dann einstimmig durch Affirmation gewählt worden und sie versicherten, den Kollegen mit gutem Beispiel voranzugehen, mit dem Ersuchen, daß auch sie seitens der Kollegen kräftig in Agitation und Verwaltungsaufgaben unterstützt würden. Mögen nun auch die Kollegen weiter so fortfahren, so daß man in Steinach und Hafenthal bildungsfähige Kollegen erziehen kann und daß unsere Nachkommen, wenn wir einst in kühler Erde liegen, sagen können: „Unsere Vorfahren haben es durch Mühe und Fleiß so weit gebracht, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern, auch wir wollen fest daran halten und in die Fußstapfen unserer Vorfahren treten.“

Strasbourg i. E. Auszug aus der Statistik vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911. Abgegeben wurden diesmal nur 112 Karten. Nur 14 sind von den 112 Kollegen lebend. Es mußten viele verheiratete Kollegen außerhalb Arbeit suchen. Das Gesamtarbeiter betrug 3998 Jahre. Das Durchschnittsalter beträgt somit 35 Jahre. Im Verufe waren sie tätig 2319 Jahre, im Durchschnitt 20 Jahre 8 Monate 14 Tage. Der Durchschnittsverdienst pro Tag 5.70 Mark. 56 Mann erzielten diesen Durchschnittsverdienst nicht. Höchster Durchschnittsverdienst pro Tag 7.30 Mark, niedrigster 3.54 Mark. Nur drei Mann kamen über 2000 Mark Jahresverdienst. Durch andere Beschäftigung verdienten 13 Mann in 599 Tagen 1987.13 Mark, im Durchschnitt pro Tag 3.33 Mark. Die Nebenbeschäftigung ist verschiedener Art. Es befindet sich sogar ein Kollege dabei als Handlungsgehilfe mit 156 Tagen. Demnach müssen Straßburger Steinarbeiter doch auch nicht viel blümmern sein wie andre Leute. Es scheint, daß sie auch lesen und schreiben können — trotz gegenteiliger Behauptung. In 232 Fällen waren 70 Mann 1238 Tage arbeitslos. Kranl waren 46 Mann in 60 Fällen. Zum Mitverdienst trugen bei 32 Frauen. Bei 76 Mann haben die Frauen das Glück, nicht mitverdienen zu müssen. Ober schämten sich die Männer, es auf der Karte zu vermerken? Riete bezahlten 51 Mann 10 870 Mark, im Durchschnitt 213.18 Mark. Von den Marmorhauern haben bloß zwei ihre Karten abgegeben. Gesamtarbeiter 61 Jahre. Im Verufe tätige 27. Verheiratet einer. Plaghefte wurden leider nur drei abgegeben. Und doch sind diese zu einer genauen örtlichen Statistik unbedingt notwendig. Bei Bolanz u. Bauer betrug der Durchschnittsverdienst pro Tag 5.95 Mark (höchster Durchschnitt 6.40 Mark, niedrigster 4.70 Mark). Bei Kirchengauer u. Walz betrug der Durchschnittsverdienst pro Tag 5.44 Mark. 29 Mann erreichten diesen Durchschnitt nicht. Das die 29 Mann nur Kranke und sonst minderwertige Arbeiter sind, wird wohl niemand behaupten wollen. Dem großen Unterschied muß wohl eine andre Ursache zu Grunde liegen. Höchster Durchschnitt auf den Tag war 6.66 Mark, niedrigster 3.18 Mark. Schachemühle. Durchschnitt pro Tag 5.57 Mark. Auch da erreichten 23 Mann diesen Durchschnitt nicht. In der Schachemühle wird viel im Tagelohn gearbeitet, da manche Sorten Steine vorkommen, für die kein Tarif besteht. Auch in Marmor haben Kollegen gearbeitet, bis zu 1 1/2 Stunden des Tages. Würde die Affordarbeit für sich berechnet sein, so würde bei dieser wahrscheinlich der Durchschnitt pro Tag unter 5.57 Mark stehen. Wie schon einmal angeregt, sollten für alle Sorten Steine Plaghefte geführt werden, dann kämen wir zu einer genaueren Statistik. Um eine solche zu bekommen, sollte keine Mühe zu viel sein. Und „alles geht, wenn man nur will.“ — Und wenn ein Teil der Kollegen seine Karten ausfüllt und auch

das Eintragen in die Blatthefte besorgt, dann muß es auch der andere Teil können. Und er kann es auch, wenn er will. Und wo Rechte beansprucht werden, da müssen unbedingt auch die Pflichten erfüllt werden! Öffentlich werden in Zukunft nicht nur alle Sandsteinarbeiter ihre Karten ordnungsgemäß ausfüllen — nebst Blatthefte — abgeben, sondern alle in der Steinindustrie Beschäftigten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Trotz wiederholter Ermahnung sind noch einige Zahlstellen zu verzeichnen, die Betriebsfragebogen nebst Sammlungsboenen noch nicht eingeleitet haben. Es wird nochmals dringend ersucht, das Versäumte nachzuholen, da mit der Bearbeitung begonnen werden soll.

Rundschau.

Opfer des Kohnlampfes. 6 Jahre, 10 Monate und 8 Tage Gefängnis- und Haftstrafen sind, wie das Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1910 mitteilt, im Berichtsjahre wegen sogenannter Streikvergehen über Mitglieder des Verbandes verhängt worden. Daneben wurde noch auf 1471 Mark Geldstrafe erkannt. Das ist neben den nicht unerheblichen Gerichts- und Rechtsanwaltskosten das Opfer, das die deutschen Holzarbeiter im Laufe eines Jahres dem „verletzten Recht“ zu bringen hatten. Falsch wäre es aber, aus diesen Zahlen etwa schließen zu wollen, daß die Holzarbeiter ganz besonders zu Gesetzesübertretungen neigen und deshalb das behördliche Einschreiten in so großem Umfange nötig war. Das Gegenteil ist richtig. Das Jahrbuch führt eine Reihe von Fällen als Beispiele an, aus denen hervorgeht, um welche Bagatellen Polizei und Gerichte in Bewegung gesetzt wurden. So wurde gegen einen Arbeiter in Halle eine Klage bis zum Landgericht durchgeführt, weil er zu einem Arbeitswilligen gesagt haben soll, „ob er sich nicht schäme, hier zu arbeiten“ oder „es sei nicht schön, hier zu arbeiten.“ Ein anderer Holzarbeiter in Kaiserlautern erhielt drei Tage Gefängnis, weil er einem Arbeitswilligen, der früher Bevollmächtigter des Verbandes war, bei Verlassen des Fabrikhofes mit den Worten „dem Verdienste keine Krone“ einen Kranz auf den Kopf setzte. In einem andern Falle, in Frankenhäusern, wurden Arbeitswillige von einigen übermühten jungen Buben im Gänsemarsch nach Hause begleitet. Die Strafe für diesen Frevel lautete auf 3 bis 10 Tage Gefängnis. Solche und ähnliche Vorfälle müssen herhalten, um behördliches Einschreiten zu rechtfertigen. Das genügt aber den Herren Scharfmachern noch nicht, die, wie bekannt, am Werke sind, schärfere Strafbestimmungen für Streikfänger zu schaffen.

Das Grünsteinwerk Rensmühle in Ruppertsdorf (Sach.) wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Grundkapital beträgt 400 000 Mark.

Die schottische Granitindustrie ist momentan sehr gut beschäftigt. Es soll sogar Mangel an tüchtigen Steinmetzen sein. Die Steinbruchbesitzer in Aberdeen bilden eine Genossenschaft, um ausländisches Material billiger beziehen zu können.

Schmiergelder im Bauwesen. Ein Beamter des städtischen Tiefbauamts zu Dresden, der seit dem Jahre 1871 als Bauhofsverwalter angestellt war, wurde wegen Annahme von Schmiergeldern zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen einen Beschluß des Stadtrats, der im Jahre 1903 eine Zittauer Firma zur Lieferung von einem Drittel des städtischen Bedarfs an Steinzeugröhren zugelassen hatte, erteilte der Bauhofsverwalter nur einen Auftrag von 10 000 Mk. Erst als er durch Vermittlung des Buchhalters der Firma ein Trinkgeld von 50 Mk. erhalten hatte, erhielt die Firma in dem nächsten Jahre den Auftrag in richtiger Höhe, und auch in den folgenden Jahren, so lange sie das Trinkgeld regelmäßig an den Bauhofsvv. abführte. Als dann die Trinkgeldquelle versiegte, reduzierte sich auch die Bestellung für die weitere Lieferung. Schließlich beschwerte sich der Fabrikant über die Zurücksetzung, und dabei kam denn auch die Schmiergeldgeschichte an das Tageslicht. Der Staatsanwalt meinte, der Angeklagte sei das Opfer des im Bauwesen grassierenden Schmiergeldunwesens geworden. Leider muß konstatiert werden, daß die Schmiergelder im Bauwesen eine bedeutende Rolle spielen. Es ist das eine von den unmoralischen Seiten, von denen es im Bauwesen noch mehrere gibt. Aber nicht immer werden sie so aufgedeckt, wie hier und in einigen andern Fällen. Wir erinnern uns dabei an die seinerzeit in Hamburg aufsehenerregende Affäre bei der Niederlegung des alten Stadtteils zwischen Schweinemarkt und Rathausmarkt, wo die geheim gehaltenen Pläne der Baudeputation von ihren Beamten an die Baupespekulanten verschafft waren. Dem Hamburgischen Staate hat damals die Geschichte einige Millionen Mark gekostet, die in die Taschen der Baupespekulanten geflossen sind. Vor einiger Zeit wußte sich eine in andere Hände übergegangene hochangesehene Baufirma in Charlottenburg, die viel Staatsarbeiten auszuführen hat, bei einem höheren Baubeamten auch nicht besser einzuführen, als durch Uebergebung eines Tausendmarktscheins in einem Briefkuvert, wodurch der Beamte sich beleidigt fühlte. Zum Glück für den Baumeister wurde darin keine Beamtenbestechung gefunden, sonst hätte der Herr auch ins Gefängnis müssen. So aber kam er mit einer Geldstrafe davon. Mit den Schmiergeldern auf gleicher Stufe stehen auch jene Summen, die die Unternehmer nach vorausgegangener Abmachung bei Submissionen unter sich zur Anzahlung bringen.

Glänzender Sieg. In Düsseldorf hat am 20. September bei der Reichstagswahl die Sozialdemokratie über das vollzählbare Zentrum einen glänzenden Sieg errungen. Es erhielten das Rheinland (Soz.) 39 233 Stimmen, Dr. Friedrich (Zentrum) 35 894 Stimmen. Das Zentrum hatte den Düsseldorf Wahlkreis seit netto 40 Jahren im Besitz. Diese Niederlage hat das Zentrum wohl verdient. Die Sache des Sozialismus aber marschiert.

Schwer verunglückt. Der Steinbrecher Georg Vogel, einer unserer tüchtigsten Kollegen, ist in Lausamholz (bei Nürnberg) in die Grube gestürzt und hat sich schwer verletzt.

Der Neuyorker Marmorarbeiterstreik.

Der schon kürzlich durch Kabeltelegramm aus Neuyork gemeldete Konflikt in der Marmorindustrie hat eine höchst interessante und lehrreiche Vorgeschichte. Bis zum 1. Mai d. J. waren die Arbeiter dieser in Neuyork recht bedeutenden Industrie in gegenseitig rivalisierenden Gewerkschaften sowie auch nach Branchen getrennt organisiert. Beide Gruppen hatten mit ebenfalls getrennt marschierenden Unternehmerorganisationen Tarifverträge abgeschlossen, doch waren die Löhne der einen Gruppe um rund 30 Prozent niedriger als die der andern, die auch zur amerikanischen Gewerkschaftszentrale gehört. Im Frühjahr dieses Jahres gelang es nun, beide Gewerkschaftsgruppen zu verschmelzen und den Lohnunterschied zu beseitigen: der höchste Lohn mußte fortan von allen Unternehmern gezahlt werden. Diejenigen Unternehmer jedoch, die schon seit 1903 laut Tarifvertrag die höheren Löhne gezahlt hatten, verlangten nun aber auch, daß die Gewerkschaftsmitglieder, wie es ebenfalls in jenem Vertrage heißt, ausschließlich bei den ihrer Organisation angehörenden Unternehmern arbeiten dürften, das heißt, entweder sollten die Gewerkschaftsmitglieder bei den Anhängern der andern Unternehmerruppe die Arbeit niederlegen, oder aber diese veranlassen, der ersteren Unternehmerorganisation beizutreten. In diesem Falle wollten die Unternehmer auch die Forderung der Arbeiter nach einer Lohnerhöhung anerkennen.

Die Arbeiter beschloßen, den Vorschlag der Unternehmer anzunehmen, und in kurzer Zeit zwangen sie die in Betracht kommenden 32 Unternehmer in die bisher nur 20 Mitglieder zählende Unternehmerorganisation in der Marmorindustrie! Als sie dann aber auch von den Unternehmern Einlösung ihres Versprechens forderten, wurden sie glatt abgewiesen: die Unternehmer waren mit Hilfe der Arbeiter stark genug geworden, diese nun rücksichtslos zu brüskieren. Diesen großen Vertrauensbruch beantworteten die Arbeiter mit der Arbeitsniederlegung, und sie sind gewiß, die Unternehmer zur Erfüllung ihres Versprechens zwingen zu können, wenn es den Unternehmern nicht gelingt, aus Europa Arbeitswillige zu erhalten. Für deren Fernhaltung für die nächste Zeit muß also nach Möglichkeit gesorgt werden! Es dürfte den amerikanischen Unternehmern sehr schwer werden, aus Europa Streikbrecher anwerben zu können.

Steinausschreibungen.

Nachstehende Ausschreibungen wurden uns bekannt:
Barmen. 2000 Quadratmeter Granitpflastersteine. Städt. Tiefbauamt in Hagen. 4500 laufende Meter Bordsteine aus Granit.
Kgl. Eisenbahnbetriebsamt II in Hagen i. B. 5000 Kubikmeter Steinschlag zu Gleisbettungen.
Bürgermeisterei in Fürstfeld, Hessen. Zum Ausbau von sechs Schulhöfen an das neue Schulhaus: Steinhauerarbeiten (roter Sandstein).
Eisenbahnbauabteilung in Zeitz. 62 Kubikmeter bearbeitete Granitsteine (Abdeckplatten und Auflagersteine) für Bauten zur Erweiterung des Bahnhofes Zeitz.
Eisenbahnbauabteilung in Friedberg, Hessen. Steinmeharbeiten für ein Abfertigungsgebäude auf Bahnhof Friedberg i. H.
Kgl. Kanalbauamt in Osnabrück. Werksteine zur Herstellung der Brückenwiderlager des Ems-Weserkanals in drei Losen: Los 1: 30 Kubikmeter, Los 2: 30 Kubikmeter, Los 3: 7-20 Kubikmeter; Pflaster, Los 1: 300 Quadratmeter, Los 2: 320 Quadratmeter, Los 3: 130 Quadratmeter.
Deich- und Wegebauinspektion in Bremen. Zur Pflasterung der Dackwischstraße: 1. 13 200 Quadratmeter Granitpflastersteine 2. Sorte und 2. 4000 Meter Saumsteine aus Granit, Basaltlava, oder ähnlich hartem Gestein in je 2 Losen.
Stadtbauamt in Wilhelmshaven. Reihensteine und Bordsteine für die Neupflasterung der Markt- und Hollmannstraße.
Kgl. Eisenbahnbauabteilung in Balve. 24 000 Kubikmeter Bettungssteinschlag aus harten, wetterbeständigen Steinen für die Neubaustrecke Minden-Neuenrade in 3 Losen von je 8000 Kubikmeter getrennt oder zusammen.
Regierungsbaumeister Maybaum in Koblenz. U. a. 3300 Quadratmeter Pflaster zur Regulierung des Saynbaches bei Sayn und Bendorf.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Büdingen. Für die durch Wolkenbruch geschädigten Kollegen in Grünfeld und Heidingsfeld gingen an freiwilligen Beiträgen bis 23. September folgende Gelder ein:

Zahlstelle	Männerstadt	17.45 Mk.
"	Rothenburg	25.00 "
"	Rirchheim	182.25 "
"	Stadtporzellan	10.00 "
"	Coburg	10.00 "
"	Marltbreit	15.00 "
"	Eibellstadt	10.00 "
"	Gößenheim	5.00 "
"	Fechenbach	20.00 "
"	Großheubach	11.10 "
"	Rannheim	50.00 "
"	Raubersacker	25.00 "
Bereits quittiert		170.00 "
Summa		500.80 Mk.

J. A. M. Lohse, Rüdertstraße 7.

Hodenau-Neudorf. Der Steinmetz Johann Prehmus wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Kassierer der Zahlstelle Hodenau gegenüber nachzukommen.

Fritz Riebel, Kassierer.

Bühlberg. Den Kollegen des Platales sei hiermit bekanntgemacht, daß die Beiträge an Max Solter in Lebersberg bei Puthurm zu entrichten sind. Auskunft über Verbandsangelegenheiten wird auch von diesem erteilt.

Anton Reitzberger, Kassierer.

Raumburg a. S. Der Steinmetz Karl Bergmann wird ersucht, seine Adresse an seinen Bruder Franz, Raumburg a. S., Große Marienstraße 11, zu senden.

Leipzig. Der Steinmetz Konrad Schertel, geboren am 12. April 1893 in Hof i. Bay., hat hier seine Interimsakte liegen lassen. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Demig-Thumitz. Vertrauensmann: Paul Beyer, Demig-Thumitz, Nr. 20.
Kiel. Vorl.: Joseph Krininger, Spichernstraße 12, I.
Dunzlau. Als Distriktsobmann wurde Rudolf Richter Klosterplatz 3, II, gewählt. Die Kollegen des niederschlesischen Distrikts mögen sich in Verbandsangelegenheiten an vorstehende Adresse wenden.
Ochsenfurt. Kass.: Joseph Endres, Würzburger Str. 173.
Dorfprozelten. Vorl.: Franz Steinhauer.
Stadtporzellan. Vorl.: Karl Schlerpf. Kass.: Konrad Graßmann.
Karlsruhe (Baden). Vom 10. Oktober ab befindet sich die Herberge nicht mehr im „Storch“, sondern in der durch das Gewerkschaftsamt neuerrichteten „Zentralherberge“, Zähringer Straße 2.
Strahburg (Elsass). Vorl.: Fritz Göhringer, Neudorf, Aloisiusstraße 61.
Heppenheim. Kass.: Heinrich Helfreich, Lehrstraße 7.
Jell. Vorl.: Fritz Dietel, Reinersreuth, Post Sparned (Oberfranken).

Briefkasten.

G. L. Wegen der Zulage hast Du Dich sofort an die untere Verwaltungsbehörde zu wenden. Dort wird zunächst entschieden. Viele Grüße! — F. Darauf wird unsererseits nicht geantwortet. Solche Kassen läßt man laufen. — D. Das Bild ist ja großartig gelungen. — J. Deshalb stimmen wir noch lange kein Trauerlied an. Wer im alten Gleise weiter trotzt, wird ja immer auf Zustimmung rechnen können. Viele Grüße! — L. in W. Eine solche Feststellung können wir nicht machen. — 144. Zu I.: Die Kinder erben drei Viertel. Zu II.: Wende Dich an die Oberverwaltungsbehörde. Ziehe einen Anwalt zu Rate. — D. Der Pfarrer hat sich in diese Sache gar nicht hineinzuwagen. Macht denn der Herr Cure Werkstücke? — W. in B. Aha, haast schoa Angst g'habt. Na, so g'fährlich wär's nüt g'word'n. Es gibt halt doch noch Menschen, die sehr besorgt san! Viele Grüße! — E. Es kann sein, daß § 213 der Zivilprozessordnung (Wiedereinsetzung in den vorigen Stand) in Frage kommt. Ueber den einzureichenden Schriftsatz sagt § 214 das Nähere. Die andere Sache kollidiert mit § 186 des Strafgesetzbuchs. Der Gerichtsvollzieher läßt sich sein Wapperl nüt wegnehmen. Ueberdies scheint Neigung zu einem Streithandel zu haben. Besten Gruß! — E. Wiederholt gelesen. Wir sagen mit Faust: „Wie magst du deine Redneri nur gleich so hüßig übertreiben?“ — Graumadegebiet in G. Die Klage ist völlig aussichtslos. — F. Vorläufig unmöglich. Besten Gruß! — Coblenz, D. Französische Fachzeitschriften können wir nicht liefern, auch keine empfehlen.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Anzeigen

Berlin.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr

General-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelfur 15

Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Antrag der Wimmel'schen Kollegen, betreffend Einführung einer dritten Arbeitslosenunterstützung. 3. Verschiedenes.

Jeder organisierte Kollege ist verpflichtet, die Versammlung zu besuchen. Um pünktliches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Meissen II.

Sonntag, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthof zu Nieschütz

Quartals-Versammlung

statt. — Tagesordnung: 1. Referat durch Kollegen Gauleiter Zahn. — 2. Kassenbericht vom 3. Quartal. — 3. Gewerkschaftliches. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Wellerode.

Sonntag, den 14. Oktober, abends 8¹/₂ Uhr

Versammlung im Lokale Herwig.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.

Pünktliches Erscheinen ist erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle
Steinmetz-Geschirre

versende gratis!

☛ Lieferung sofort. ☛

Schürzen

Gausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadett-, Leder- und Quastlöcher in eigener Anfertigung empfiehlenswert

Emil Keidel

Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstraße 93.

6-10 tüchtige Granitschleifer

für Maschinen- und Handarbeit zu sofort gesucht. Dauernde Arbeit zugesichert.

Carl Helmig, Granitindustrie, Rostock (Mecklbg.).

Steinmetzen

für einfache und reiche Profilarbeiten gesucht.

Heldler & Wimmel, Friedersdorf bei Reinerz und Bahnhof Rückers.

Sandsteinmetzen

Können sofort eintreten bei

Oskar Böttger, Posen, Hergartenstraße 21.

Zwei tüchtige Steinmetzen

auf Quaderarbeit finden Arbeit bei

Fridolin Rünze, Steinmetzmeister in Gross-Heirschwand, Post Herrschried.

Feinste Zinnasche

gelb, à Kilo 4.—
weiß, à Kilo 4.20
per Nachnahme, bei Abnahme von 5 Kilo an porto- und spesenfrei, empfiehlt

P. Petrasch, Schkenditz bei Halle.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)

In Dunzlau am 30. September der Kollege Karl Wiertholz, 37 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Hartliebendorf am 22. September der Kollege August Steinert, 48 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Pirna am 27. September der Kollege Heinrich Friedrich August, 41 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Stettin am 20. September der Kollege Emil Tessenborn, 47 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Wittwa (Böhmen) der Kollege Karl Schleicher, 33 Jahre alt, an der Lungen- und Nierenkrankheit. (Schleicher schaffte zuletzt in Rangensalza.)

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Quarzporphyr-Industrie in der Hobburger Schweiz.

Im Bereiche der Amtshauptmannschaft Leipzig findet sich eine starke Steinindustrie vor. Wer die Bahnstrecke Leipzig—Dresden benützt, dem wird von der Station Borsdorf aus das Kirchlein des Dorfes Beucha auffallen, das auf einem ansehnlichen Steinhügel steht. Bis an den Friedhof hinan ist in nördlicher Richtung ein Steinbruch angelegt, der nun schon seit 20 Jahren ausgebeutet wird. Die Toten werden jahraus jahrein durch das Summen der Bohrhämmer, das Knallen der Schüsse, durch die Flüche der Steinarbeiter in ihrem Schläfe gestört. Und sind wir recht unterrichtet, so hatte der Besitzer des Kirchbruchs sogar die Absicht, die Kirche und den Friedhof zu erwerben, um die ganze Kuppe abzubauen zu können. Doch das Geschäft zerschlug sich. Aber nicht die Steinbrüche des Beuchaer Gebiets wollen wir beschreiben, nein, wir wollen eine Wanderung nach dem etwa 5 Wegstunden entfernten Wurzen unternehmen. In der Nähe dieser industriereichen Stadt unterhält die Firma Zachmann (sie könnte auch Zähmann heißen. V. Verf.) einen schön angelegten Pflastersteinbruch, der mit der Station Wurzen Drahtseilbahnverbindung hat. Ohne weiteres leuchtet ein, daß Zachmann selbst die kleinsten Abfallstücke verwenden kann. Und diese rationelle Verwendungsmethode macht die sächsischen Steinbrüche so rentabel. Von Wurzen aus fällt besonders noch der „Spitzberg“ auf. Er mag früher die Form eines Kegels gehabt haben, aber heute ist die eine Hälfte in senkrechter Richtung in buchstäblichem Sinne des Wortes weggearbeitet. In einigen Jahrzehnten, wenn es noch so lange dauert, wird der sagenumwobene Spitzberg völlig weggeputzt sein, und dem heranwachsenden Geschlecht kann in der Schule dann gelehrt werden, daß an der und der Stelle einmal ein Steinriegel mit rötlichem Quarzporphyrmaterial gestanden hat. Die Industrie mit ihrem Arbeiterheer kann, wie Figura zeigt, an den tektonischen Bildern der Erde ebenfalls recht gewaltige Aenderungen vornehmen. Die Ausbeute des Spitzberges betreibt die Firma Busse. Das ihr gehörige Lastauto schnauft ganz gehörig, um die schweren Lasten in Eilgeschwindigkeit nach Wurzen zu befördern. Die beschäftigten Arbeiter sind meist organisiert, aber trotzdem konnte es sich die Firma nicht verkneifen, unsern Vertrauensmann K r e j s m a r vor einigen Wochen zu entlassen, was einer Maßregelung verurteilt ähnlich sieht. Wir wenden uns nun nach den Dörfern Falkenhain, Müglitz, Thammenhain und Ködnitz. Diese Orte liegen im Gebiete der „Hobburger Schweiz“. Wenn an den schönen Sonntagen der Sommermonate die Leipziger Ausflügler in die Hobburger Schweiz einen Abstecher unternehmen, und dabei die gewaltigen Steinbrüche in Augenschein nehmen, so wird ihnen nur selten klar werden, wie sich in denselben unsere Kollegen abquälen und schinden müssen. In der Nähe von Thammenhain befindet sich der Steinbruch G r o ß - G a u t l i c h, der Hobburger Aktien-gesellschaft gehörend. Die Bruchwand mag 30—35 Meter hoch sein, und die Bruchsohle wird von nicht weniger als 15 Paralleleisen durchquert. Man kann sich somit ein Bild machen, welche gewaltige Ausdehnung dieser Bruch haben muß. Kommt irgendein Baurat, um Steine zu bestellen, so wird diesem dieser „Musterbetrieb“ gezeigt. Und wie wir sehen konnten, ist die Gesteinslagerung eine geradezu ideale zu nennen und ohne große Schwierigkeiten kann das Material gewonnen werden. Das Werk G r o ß - G a u t l i c h ist auch mit einer gewaltigen Knadmäschine ausgerüstet. Diese macht einen Radau, daß damit sicherlich nur etliche tausend Teufel in Konkurrenz treten können. Die Bedienung am „Knader“ ist sehr gesund-

heitschädlich, unsre Kollegen, welche den Steineinwurf besorgen müssen, sehen aus wie die Müller. Daß unter dem ohrenbetäubenden Lärm auch die Nerven besonders stark leiden, bedarf doch wohl bloß des Hinweises. Von Groß-Gautlich aus hat man eine schöne Fernsicht über das ganze Steinbruchgebiet, ja sogar das Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig mit seiner ungeheuren Einrüstung wird sichtbar.

Unsre Kollegen in den Steinbrüchen müssen bei fargem Lohn, mit Ausnützung aller Körperkräfte schaffen. Die Akkordlöhne der Hilfsarbeiter, Brecher und Bossierer sind so niedrig bemessen, daß jeder Augenblick ausgenützt werden muß. Das Zerklüppeln der von den Brechern gelieferten Blöcke ist besonders anstrengend. Diese Arbeit müssen die Bossierer selbst besorgen, und wenn sie den etwa 20 Pfund schweren Hammer führen müssen, dann kommen sie aus dem Schweiß gar nicht mehr heraus. Wenn die Herren Aktionäre der Hobburger Werke nur vier Wochen im Steinbruch arbeiten müßten, es wäre ihnen ohne weiteres begreiflich, warum die Steinarbeiter kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne anstreben. Das Hobburger Werk beschäftigt gegen 700 Arbeiter, es handelt sich somit um einen Großbetrieb. Die Aktionäre schwimmen im Gelde. Denn trotz gewaltiger Abschreibungen werden Dividenden in Höhe von 8—9 Prozent verteilt. Das nennt man ein Geschäft. Die Brecher und Bossierer im Bezirke sind meistens ortseingewohnte, spärlich findet man darunter solche aus Schleien und der Rheinpfalz (Rammelsbach). Allerdings die Hilfsarbeiter sind zum überwiegenden Teil Polen, die sogar in Werkswohnungen untergebracht sind. Die Firmen im Wurzen und Hobburger Bezirk haben sehr günstige Absatzgebiete. Das industrielle Sachsen selbst braucht viel Steinmaterial und des weiteren bietet sich nach den preußischen Provinzen Sachsen und Brandenburg eine gute Lieferungsmöglichkeit. Wer gegenwärtig die Steinbrüche in Augenschein nimmt, wird mit Erstaunen wahrnehmen, daß Vorrat so gut wie keiner vorhanden ist.

Wenn die Kollegen ihre Arbeitsstellen wechseln wollen, dann machen die Unternehmer die törichtesten Winkelzüge, um einer Einstellung aus dem Wege gehen zu können.

Unser Verband hat im ganzen Gebiet eine sehr gefestigte Position. Wenn auch noch bedeutende Mitgliederzunahmen erwartet werden dürfen, so ist unsre Stellung heute doch schon eine achtunggebietende. Nachstehende Zahlenstellen weisen folgende Mitgliederziffern auf.

Falkenhain	128
Grimma	325
Ködnitz	234
Wurzen	320
Summa	1007

Unser Bestreben muß nun dahin gehen, daß so schnell wie möglich das „wilde Akkordsystem“ beseitigt wird. Das ist auch den Unternehmern hinreichend bekannt, daß arbeitserleichter auf die Abschließung der Tarifverträge gedrungen wird. Wir können ein solches Ansinnen vollständig begreiflich finden und nur unterstützen. In Grimma und Großsteinberg haben im Laufe des Jahres die Kollegen ja schon im Streit gestanden und sie konnten wenigstens einigermaßen ihre Lage verbessern. Wenn es auch beim ersten Hieb nicht gelang, zu einem Tarifverhältnis zu kommen, so hat aber unser Verband damit gezeigt, daß der Willkür der Unternehmer doch Schranken gesetzt werden können. Vielleicht sind in Zukunft die Herren Unternehmer eher geneigt, mit den Arbeitern zu verhandeln, es wäre dies sehr zu wünschen. Die Gauleitung des 4. Bezirkes wird alles aufbieten müssen, damit die Fernstehenden schnellstens noch gewonnen werden. Hervorzuheben ist, daß sich die Leitung der vorgenannten Zahlenstellen durchweg in tüchtigen Händen befindet.

a. st.

Aus dem 7. Gau.

Auf Wunsch der Gauleitung fanden im Einverständnis mit dem Verbandsvorstande vom 8. bis 24. September im 7. Gau einige Versammlungen statt. Als Referent war aus dem Vorstand der Unterzeichneter bestimmt. In Nachfolgendem soll kurz über diese Versammlungstour berichtet werden. Die erste Versammlung begann in Dortmund am 8. September. Es war Freitag, also durchweg ein ungeeigneter Versammlungstag, aber die Kollegen waren trotzdem vollzählig zur Stelle, und ich muß gestehen: es waren aufmerksame Zuhörer. Die eingeladenen christlichorganisierten Kollegen hatten es vorgezogen, fernzubleiben; jedenfalls fürchteten sie, wegen der unwarren Artikel-schreiber im „Keramarbeiter“ Rede und Antwort stehen zu müssen. Na, es ging auch ohnedem. — Einen recht angenehmen Eindruck machte das saubere Versammlungslokal, zu dessen Ausschmückung die sehr gute Gesteinsammlung (Marmor) der Zahlstelle beitrug. Die Sammlung ist in zwei flachen Wandkästen mit Glascheiben untergebracht. Die Marmorplatten stehen aufrecht, so daß die Farbenwirkung recht vorteilhaft zur Geltung kommt. Jedes Stück ist mit dem Handelsnamen bezeichnet; viel-eicht läßt sich mit der Zeit auch die geologisch-wissenschaftliche Benennung hinzufügen. Bereits vor sechs Jahren hatte ich Gelegenheit, die Zahlstelle zu besuchen. Heute steht sie ganz anders da, innerlich gefestigt, ziemlichem Lokalfonds, tadellose Buchführung, die Verwaltung ist ihrer Aufgabe gewachsen. Auch hat die Zahlstelle 7 weibliche Mitglieder, die in richtiger Erkenntnis auch zu den Verwaltungsarbeiten herangezogen werden. Eine dieser Kolleginnen ist Schriftführer, die andre Revisor. Die Zahlstelle hat durch unermüdlige Kleinarbeit einzelner Kollegen sich so gefestigt. — Am 9. September fand eine kombinierte Versammlung in Köln statt. Auch hier war der Besuch zufriedenstellend. Die Organisation der Sandsteinwerke ist gut und gefestigt, während bei den Marmorarbeitern noch sehr viel nachgeholt werden muß. Neuerdings scheint bei diesen das Interesse für den Verband etwas lebhafter zu werden. Nach dem Vortrage fand eine interessante Debatte statt. Von einigen Diskussionsrednern der Sandsteinbranche wurden bemerkenswerte Fingerzeige gegeben, wie die Marmorarbeiter ihre Organisation befestigen sollen. Die Versammlung verlief sehr harmonisch und hinterließ bei mir den besten Eindruck. — Am 10. September war Versammlung in Mayen. In Niedermendig stieg ich morgens aus, um mir die eigenartigen früheren unterirdischen Steinbruchbetriebe anzusehen. Einige unserer dortigen Mitglieder übernahmen die Führung. Diese früheren Betriebe oder richtiger Gruben haben eine ziemliche Tiefe und große Ausdehnung unter Tage. Die gebrochenen Stübe wurden in einem Schacht, ähnlich wie bei alten Brunnen, hochgezogen. Diese Gruben sind die natürlichsten Eis-feller, deshalb hatten auch in jener Gegend eine Anzahl Brauer-reien ihr Domizil aufgeschlagen; doch der Fortschritt verdrängte auch diese wieder, weil jetzt Eis bekanntlich künstlich hergestellt wird. Ein solch ausgebeuteter Steinbruch ist äußerst inter-essant; die natürlichsten Stütten sind mächtige Säulen von Basalt-lava, die bei der Ausbeutung stehen gelassen wurden. Bei dem flackernden Schein der Grubenlampe erinnerten die Gruben an die Beschreibung russischer Gefängnisse. Es ist nun nicht möglich, in einigen kurzen Sätzen die Entstehung und Ausbeutung dieser Betriebe zu schildern; vielleicht kann dies einmal später nach-geholt werden. Auch das Kloster Maria Bach mit dem Sachersee, die Klosterkirche, bietet des beruflich Interessanten genug. Das Innere der Kirche weist schöne Marmorarbeiten auf, die von den Laienbrüdern im Kloster selbst hergestellt werden. Von Nieder-mendig fuhr ich dann nach Mayen. Der Kollege Braun, unser rühriger Zahlstellenvorsitzender, führte mich in einige Betriebe und zeigte praktisch, wie mit dem „Beklop“ gearbeitet wird. Es ist wahrlich kein Vergnügen, mit diesem schweren Dinge zu hantieren. Neuester erhalt gearbeitete Werkstücke lagen auf dem Arbeitsplatz; sonst sah es wild genug aus, von den Gruben ganz zu schweigen. Hier hat die Arbeiterorganisation beider Rich-tungen noch ein dankbares Feld. Die Versammlung selbst hat mich nicht befriedigt. Durch das vorhergehende Schwitzbad war ich schlecht disponiert und hatte die Empfindung, nicht den richtigen Ton in meinem Referat getroffen zu haben. Der Versammlungs-beuch hatte wohl etwas gelitten, weil am Morgen eine politische Versammlung stattgefunden, die sich mit der Milchsteuerung be-

Soziale Kunst.

Ueber soziale Kunst schreibt der berühmte belgische Dichter Emile Verhaeren in den Dokumenten des Fortschritts (Berlin, Georg Reimer). Darf man den Ausdruck Kunst beliebig anwenden? Chemoals hätte man geögert. Heute tut es ein jeder. Als es noch den verschiedenen Klassiken, romantischen, naturalistischen und symbolischen Schulen vorbehalten war, darüber zu diskutieren, ging alles gut. Der Meinungsaustrausch geschah unter Dichtern und Schriftstellern und sogar die Kritiker gehörten zuweilen zum Metier. Da plötzlich bemächtigten sich Nationalökonomien und Soziologen der Frage und haben sie gleich erweitert, so doch kaum geklärt. Chemoals unterhielt man sich über die Grundeigenschaft einer Kunst oder deren technische Hilfsmittel. Die Fragen, die man aufwarf, lauteten: Soll in einem Kunstwerk die Gesezmäßigkeit oder das unmittelbar Empfundene vorangehen? Was soll einem Kunstwerk zugrunde liegen: Ueberlegung oder Instinkt? Gedanke oder Gefühl? Und: soll seine Ausdrucksweise lieber gewagt oder lieber äowogen sein? Lieber verfehlt als zünftig? Lieber neu als hergebracht? Solche literarische Haarspaltereien werden auch heute noch zuweilen ge-trrieben; aber die Probleme des Kunstwertes und der Ver-breitungsfähigkeit eines Werkes haben sie weit zurückgedrängt.

Ist die Kunst gefellig? Wenn sie es schon nicht wäre in ihrer Quintessenz, sollte doch, kann sie es sein?

Dies ist eine verzweigte Frage? Untersuchen wir die Stand-punkte des Künstlers wie des Publikums.

Dem Prinzip der Schönheit zu dienen, dies ist der einzige Zweck desjenigen, der schreibt, malt, meißelt oder komponiert, dies soll sein einziger Wille sein. Keine andre Sorge soll diesem höchsten Bestreben sich beimischen. Die Aufgabe ist ver-wickelt und herbe. Der Künstler, der sich ans Werk macht, nimmt zugleich ein Kreuz auf sich, vor dem ihm graut, das er liebt. Eine beseligende Not hat ihn ergriffen; er verzichtet auf jegliches Ausruhen. Fieberische Beklemmung und Herzensangst sind sein Teil.

Das Leben als solches folgt Regeln; Ueberrassungen in einem höheren Sinn sind hier ausgeschlossen. An der Kunst ist alles Ueberrumpelung. Alles ist Einfall. Macht einer von uns irgendetwas, das schon ein anderer ihm vorgemacht hat, so ist er kein Dichter mehr. Er lebt, wie andre; er wird eine Maschine; sein Fieber ist Erstarrung. Er beschäftigt sich noch; er schafft nicht mehr.

Auserwählt ist nur der, der in die Welten des Denkens, des Fühlens, des Schauens oder des Hörens einen Rhythmus trägt,

der vordem unbekannt war. Und darum — wie könnte ein Werk bestehendes Gesezes der Moral, der Gesellschaft gehorchen, das aus Tiefen stammt, die diesen Gesezen nicht unterstanden? Im Augenblick seines Aufblühens kann das Schöne keiner Vorschrift gemäÙ sein; und fast immer befindet es sich zu dem in Wider-spruch, was gemeinlich als gut und als w a h r bezeichnet wird. Eine neue „Auffassung“ muß geschaffen werden, und dies so oft, als wieder ein freier Denker und Künstler das errungene Gleich-gewicht stört. Ich glaube allerdings, daß diese drei: das Schöne, das Wahre und das Gute, selten zu gleicher Zeit der Menschheit zum Bewußtsein kommen.

Die Kunst wie die wissenschaftliche Forschung beanspruchen das Recht auf Rücksichtslosigkeit. Was geht es den Gelehrten an, ob seine Entdeckung eine gegebene Größe stützt, und wäre sie noch so allgemein anerkannt gewesen? Für ihn ist die Wahrheit fast niemals von heute, sondern von morgen. Er kümmert sich weniger um das, was ist, als um das, was wird.

Wie die Wissenschaft, wie seinerzeit die Religion, so besitzt die Kunst eine Seele voll und ganz. Wer ihr dient, ist ihrer Tyrannei verfallen. Sie wird zum Lebensgesezes. Und die da dem Künstler irgendeine Zwangsjacke überziehen möchten, sie verkennen die höchsten Kräfte, die der Mensch im Menschen achtet muß.

Und doch, sowie das vollendete Werk (Gemälde, Komposition, Statue, Dichtung) seinen Bildner verläßt, um seine persönliche Note dem Konzert des übrigen Lebens einzuverleiben, erduldet es den Spruch des großen Gerichtes, unterzieht sich der Kontrolle der Wirklichkeit, aus der ja alle Ordnung entspringt. Die Kunst wird verantwortlich gemacht für das neue Element, das sich so plötzlich dem Universum beigesellt. Und sie muß weichen, wo unbedingtere und notwendigere Kräfte sich ihr entgegenstellen. Je weiter, je lebendiger, je vorwärtsdrängender ihr Einfluß ist, desto mehr formt sie das Empfindungsvermögen eines Volkes, desto erzieherischer, desto vervollkommnender wirkt sie, desto mehr wird sie so z i a l.

Das vergangene Jahrhundert schenkte uns eine Kunst, deren Ausstrahlung allerdings beschränkt war, obgleich ihr die Flamme nicht fehlte. Es war ihr nicht gegeben, die Menge zu erwärmen. Sie war das ungefähre Gegenteil von sozialer Kunst und war doch K u n s t.

Denn die Kunst ist nicht notwendig sozial. Sie kann es werden, sie wird es fast immer. Sie braucht nur zu einer ge-wissen Kraft zu werden, so bemächtigen sich ihrer andre Kräfte und ziehen sie hinein in ihr fürchtbares Spiel.

Es gibt Menschenfreunde, welche nur Bücher anerkennen, die für die Menge geschrieben wurden. Mit Hinweis darauf, daß

im Laufe der Jahrhunderte eine bewundernswerte Literatur populär geworden ist, voll reizender Unmittelbarkeit und voll hoher Einfachheit, will man uns zur veraltetsten Kinderei, zu nichts-sagendem Süßholzgeraspel treiben. Das „vollstimmliche Lied“, das „vollstimmliche Schauspiel“ sollen uns lehren, was Wahr-haftigkeit, Einfachheit, Inbrunst sind, diese Kardinaltugenden jedes wahren Kunstwerkes. Und doch sind diese Formeln für unsern Gebrauch ebenso untauglich geworden, wie etwaige aus dem Sprachschatz verschwundene Redensarten für den Bewunderer klassischer Zeitalter. Der positive oder negative Wert eines Talents wird bestimmt durch seine Hingabe, sei es an die Ver-gangenheit, sei es an die Zukunft. Die Tradition mehr lieben als das Leben, heißt sich zu baldiger Unfruchtbarkeit verdammen. Es liegt im Wesen der Kunst, vollständig zu werden; um so eiferfüchtiger muß der Künstler über die Unabhängigkeit seines Gedankens und seines Ausdrucks wachen. Nicht er steigt zum Niveau des Volkes herunter; das Volk erhebt sich zu seinem Standpunkt. Die Menschheit ist überreich an Kräften: Es hat niemand nötig, durch Verkünstelung oder gar durch Selbstver-kleinerung einem Plage gerecht zu werden, den die Natur auch ohne ihn besetzt hätte. Und unverstanden zu sein von der Ge-sellschaft, ist kein dauerndes Uebel, das dem wahren Künstler anhaftet. — Aber auch die Gesellschaft sollte mit zunehmender Kultur lernen, einer unbekanntem Größe gegenüber in Geduld der unaussprechlichen Erklärung zu harren. Auf das Künstlertum selbst würde sie dadurch erzieherisch wirken; unreine Kräfte wür-den unwillkürlich aus diesem scheiden. Das Gefühl ihrer Ver-antwortung würde wie priesterliches Salböl allmählich all jene ergreifen, die der Verwaltung der intuitiven Güter der Mensch-heit sich unterwandern.

Der Schriftsteller hingegen, der, seine Persönlichkeit auf-gebend, sich plötzlich entschloÙe, durch seine Feder am „sozialen Werke“ mitzuschaffen, läuft äußerste Gefahr, zu veraeßen, worin sein ästhetisches Schaffen bestand. Man kann nicht zwei Herren dienen und soll nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Auch hängt der Einfluß, den ein Buch nehmen wird, ja gar nicht von dem Willen des Autors ab, sondern vom Allgemeinwillen, der sich früher oder später immer durchsetzt.

Ob ein Stück von Bettlern und Verbeigegenen handelt oder von Königen — gleichgültig; das W i e macht es aus, ob es ein soziales Stück ist.

Die Absicht, nützlich zu sein, darf in die Konzeption eines Kunstwerkes nicht hineinspielen. Die Absicht, Schaden anzurichten, würde es entehren. Jenwärts von jeder Absicht, tief und durchdringend, drückt es der Menschheit seinen Stempel auf und offenbart nur so allmählich sein so z i a l e s Wesen.

jährligt hatte. Die Diskussion war lebhaft und die Kollegen wehrten sich in dieser gegen die Anschuldigung der Christlichen in ihrem Organ, daß einzelne unserer Mitglieder unter dem bestehenden Tarif arbeiten. Die Anwesenden legten aber Zeugnis davon ab, daß in Manen der Steinmetzverband nicht wieder verschwindet. Große Aufgaben harren dort noch der Arbeiterorganisation, um die Lohn- und Betriebsverhältnisse der Zeit anzupassen. — Am 11. September fuhr ich von Weyen über Gerolstein nach Trier. Vorbei an zahlreichen Steinbrüchen (Sandstein) mit Hunderten von Beschäftigten. — Alle die Kollegen, die dort den Knüppel schwingen, stehen unserer Bewegung fern, ja direkt feindlich gegenüber, und, soweit sie überhaupt organisiert sind, gehören sie den katholischen Fachabteilungen an. Die Versammlung in Trier war ebenfalls gut besucht, auch die christlich organisierten waren zum Teil anwesend. In Trier war an jenem Tage Kirche. Diese Stimmung übertrug sich teilweise auf die Versammlung. Die Mehrzahl unserer Kollegen hat sich erst kürzlich dem Verbands wieder angeschlossen. Als 1906 eine Tarifvereinbarung zustande kam, da dachten einige Kollegen, es sei erreicht, und lehrten der Organisation den Rücken. Die Unternehmern verloren den Respekt vor der Organisation und kümmernten sich nicht mehr um die Vereinbarung. Nunmehr sind unsere Mitglieder in Gemeinschaft mit den christlichen Kollegen dabei, um das Verlorene wieder einzuholen. Hoffentlich bleibt nun die Zahlstelle in ihrer jetzigen Zahl bestehen. In jener entlegenen Ecke können wir einen kräftigen Stützpunkt unseres Verbandes sehr gut gebrauchen. Die Ortsverwaltung gibt sich alle Mühe, denn Schulung unserer Mitglieder ist dort noch sehr vorzuziehen. Trier hat sehr viel Selbsterwertes. Neben dem Gewerkschaftshaus befindet sich das Geburtshaus von Karl Marx. Keine Tafel, keine Inschrift meldet, wer in jenem Kaufhause geboren wurde. Verschiedene Bauten aus der Römerzeit geben Zeugnis von der Steinmetzkunst jener Zeit. Das römische Tor, der Kaiserpalast, die römischen Wälder. Vor dem Dom zu Trier liegt eine gewaltige Granit-Niesensäule, ein Gegenstück zu der Niesensäule aus der Römerzeit im Odenwald. Die Sage erzählt, daß der Teufel diese Säule im Fluge habe fallen lassen. Der „Dummkopf“ wird die Säule in Trier genannt, und durch das Herumrücken der Jugend ist diese Säule stellenweise durch die Hühner wie poliert. — Am 12. September war Versammlung in Koblenz. Dort waren alle Kollegen vertreten. Es ist ein kleines, aber wackeres Häuflein mit einer energiegelben Verwaltung an der Spitze. In Koblenz kann unser Verband sich nicht mehr ausbreiten. Die Kassensituation war in tadelloser Verfassung. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die dortigen Kollegen recht kameradschaftlich zusammenhalten. Meinem Vortrage wurde mit großer Aufmerksamkeit zugehört. — Sonst habe ich bemerkt, daß Koblenz eine recht teure Stadt ist. — In Jünheim (Westerwald) war die nächste Versammlung. Zwei große Pflastersteinbetriebe mit über 300 Beschäftigten haben dort ihren Produktionsherd. In der Versammlung waren aber nur zirka 50 Steinmetzwerker anwesend. Nach dem Vortrage ließen sich 10 Kollegen aufnehmen. Die wirtschaftliche Lage hindert hier den Organisationsgedanken an der Ausbreitung. Die Pflastersteinarbeiter denken hier, daß die Verdienste so bleiben und sie deshalb ohne Organisation auskommen. Das kleine Häuflein Mitglieder ist aber begeistert von der Organisation und wird schon für Ausbreitung sorgen. — Am 14. September fuhr ich mit einer merkwürdigen Kleinbahn nach Heddolshausen. Auch hier sind Pflastersteinmetzwerker neuerdings Mitglieder unseres Verbandes geworden. Die Kleinbahn hielt, sobald eine Kuh oder sonstiges Vieh in die Nähe der Gleise kam. Die Versammlung war schlecht besucht, selbst der Vorsitzende fehlte; vielleicht hat der einsetzende Regen ihn ferngehalten. Von Schupbach dagegen hatten einige Kollegen den weiten Weg und den Regen nicht gescheut, zur Versammlung zu kommen. Dort ist es der Kollege Jung, welcher sich rechtliche Mühe gibt, die Organisation zu verbreiten. Die Stimmung unter den 20 Anwesenden war gut, und ich glaube bestimmt, daß die Zahlstelle Bestand hat. In diesem Orte arbeiten Gendarmerie und Kriegerverein gegen den Lokalwirt, um die Arbeiterorganisation obdachlos zu machen und damit zu vernichten. Unsere Kollegen ziehen hieraus die nötigen Konsequenzen und verkehren nur dort, wo sie mit Versammlungen gebildet werden. — Am nächsten Tage war Versammlung in Alendorf. In Willmar machte ich einen Abstecher nach dem Steinbruch, in dem mittels Drahtseil vom Felsen geschnitten wird. Die Schneiderei war leider nicht in Tätigkeit. In Willmar arbeiten zirka 160 Marsmorarbeiter in ungefähr 18 Geschäften; doch von Organisation keine Spur. Ja, es arbeiten Kollegen dort, die früher in Hamburg, Berlin usw. tätig waren, aber, wieder angelangt in ihrer Heimat, hängen sie die Organisation an den Nagel wie ein Kleiderstück. Willmar ist mit einem Worte gesagt ein Wundernest. Und als ich bei einem Wirt die Fühler ausstreckte zwecks Versammlung, wehrte der Mann mit theatralischer Gebärde entsetzt ab. Dort muß es der Zeit überlassen bleiben, in unserm Sinne zu korrigieren. — Die Versammlung in Alendorf war von zirka 25 Kollegen besucht. Die Mitglieder sind fast alle zugereifte Pflastersteinmetzwerker. Hier ist es die Arbeitsmethode, die den Kollegen die Organisation verlehrt soll. Die Unorganisierten werden bevorzugt, für die Verbandsmitglieder fehlt es immer an Reklamationsmaterial; dadurch sinkt der Verdienst um ein Bedeutendes. Der heiße Sommer ist für die Bearbeitung des Basalt außerordentlich schädigend gewesen; er ist, wie unsere Kollegen sagen, „verbrannt“, das heißt: sehr hart geworden. Auch in diesem Orte ist es der Krieger- pardon — Kriegerverein, der sich berufen fühlt, die Arbeiterorganisation zu bekämpfen. Unsere Kollegen lachen darüber und sind ausgetreten. Das ist das einzig Richtige.

Strittige Betriebsunfälle.

Die alljährlich erscheinenden Berichte der Arbeitersekretariate behandeln durchgängig das Kapitel Arbeiterversicherung und am ausführlichsten. Namentlich bei der Unfallversicherung zeigte es sich, welcher schweren Kampf die Verletzten vielfach zur Erlangung einer Rente zu führen haben. Nicht jeder Unfall, sondern nur die „Betriebsunfälle“ werden entschädigt. Voraussetzung für die Gewährung einer Rente ist danach einmal, daß der Betroffene, sei es durch äußere Verletzung, sei es durch organische Erkrankung, eine Schädigung seiner körperlichen oder geistigen Gesundheit — Körperverletzung oder Tod — erleidet, und sodann, daß diese Schädigung auf ein plötzliches, d. h. in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingetretenes Ereignis zurückzuführen ist, welches in seinen — möglicherweise erst allmählich hervortretenden — Folgen den Tod oder die Körperverletzung verursacht. Der Unfall muß sich also „im“ oder „beim“ Betriebe ereignet haben. Die Voraussetzungen für den Begriff „Betriebsunfall“ werden seitens der Berufsgenossenschaften häufig bestritten, wie nachstehende Fälle wiederum beweisen.

Eine Körperverletzung, welche einem Arbeiter von einem Mitarbeiter vorzüglich zugefügt wurde, als Betriebsunfall anerkannt. Nach dem Münchener Bericht wurde ein Chauffeur von einem seiner Kollegen nach vorausgegangenem Wortwechsel mit einem Montierreifen am Kopfe erheblich verletzt. Von der Strafkammer des Landgerichts München erhielt der Täter dafür eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren drei Monaten. Der Anspruch des Verletzten auf eine Unfallrente wurde zurückgewiesen, weil der Unfall sich nicht bei einer Tätigkeit ereignet habe, welche im Interesse des Betriebes ausgeführt worden sei. Das Schiedsgericht verzurteilte auf eingereichte Berufung die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß sich Körperverletzungen, welche einem Ar-

beiter von einem Mitarbeiter vorzüglich beigebracht werden, nicht schon deshalb als Betriebsunfälle darstellen, weil sie zur Zeit und am Orte des Betriebes sich ereignen, und zwar selbst dann nicht, wenn die Verletzung mittels dem Betriebe dienenden Werkzeuges erfolgt. Eine vorläufige Körperverletzung, welche ein Arbeiter dem andern bei Gelegenheit von Zwischenfällen und Tätigkeiten auf der Betriebsstätte oder der Arbeit zuzufügt, hat aber dann als Betriebsunfall zu gelten, wenn sie mit dem Betriebe in erkennbarem ursächlichem Zusammenhange derart steht, daß sowohl die Veranlassung dazu wesentlich in dem Betriebe beruht, als auch die verletzende Handlung selbst sich noch als Ausfluß der Betriebsgefahr darstellt. Nach Würdigung der gesamten Verhältnisse kommt das Urteil dann zu dem Schluß, daß der Verletzte durch die Art des Betriebes genötigt war, mit dem ihm aus Anlaß seiner Betriebsstätigkeit auffällig und feindselig gesinnt gewordenen andern Chauffeur häufig in Verbindung zu kommen. Somit war er fortwährend, mindestens aber zur Zeit des Unfalles, einer aus den eigentümlichen Verhältnissen des Elektromobilbetriebes entspringenden Gefahr, von dem Mitarbeiter mißhandelt zu werden, also einer Betriebsgefahr, ausgesetzt und durch eine solche zu Schaden gekommen.

Die Verletzung eines Tischlers, die er sich durch Abspringen von einem Straßenbahnwagen zuzog, ist nach dem Münchener Bericht ebenfalls als Betriebsunfall anerkannt. Ein Tischler wollte mit einem Vertäfelungsstück einen Straßenbahnwagen besteigen, mußte aber, da er keinen Platz mehr bekam, von dem inzwischen angefahrenen Wagen abspringen, wobei er zu Fall kam und sich am rechten Ellenbogen und an der rechten Kniekehle verletzte. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Entschädigungsanspruch ab, weil nicht jeder Unfall, der einen Beschäftigten bei Gelegenheit einer Verrichtung für den Betrieb betrefte, ohne weiteres sich schon als Betriebsunfall darstelle. Solche Unfälle, welche an der betreffenden Stelle zur betr. Zeit auch jeder andre nicht im Betriebe Beschäftigte erleiden könne, seien keine Betriebsunfälle und zu diesen gehöre auch der vorliegende. Auf eingereichte Berufung wurde die Berufsgenossenschaft auch hier zur Rentenzahlung verurteilt. Aus der Begründung sei u. a. folgendes hervorgehoben: „Die in Betracht kommende Tätigkeit des Genannten muß nach den Umständen des Falles, da es sich dabei, wie festgestellt, um das Verbringen von Vertäfelungsstücken von der Betriebsstätte zu einem Arbeitsplatz handelte, als eine auf den Betrieb gerichtete und im Betriebsinteresse ausgeführte angesehen werden. Auch die Benutzung der Straßenbahn war unzweifelhaft, auch abgesehen von der Behauptung des Klägers, daß er zu deren Benutzung speziellen Auftrag hatte, als im Betriebsinteresse gelegen anzuerkennen und deshalb eine Unterbrechung des Zusammenhanges zwischen Unfall und Betrieb als ausgeschlossen zu erachten.“

Blutblase — Betriebsunfallfolgen! Nach dem Braunschweiger Bericht war ein Arbeiter beim Hacken beschäftigt und hatte dabei infolge Fehlschlages mit der Hacke auf einen Stein geschlagen. Durch diesen plötzlichen starken Druck des Hackenstiemes, infolge Abprallens der Hacke, zeigte sich eine Aufschwellung der rechten inneren Handfläche (Rings- und Mittelfingernähe), wodurch eine Blutblase sich entwickelte. Dieses teilte der in Betracht kommende Arbeiter seinem Mitarbeiter sofort mit und zeigte diesem auch die später entstandene Blutblase. Infolge heftiger Schmerzen am Ringfinger begab sich der Verletzte — jedoch erst nach vier Tagen — zum Arzt, welcher Schneideneinwirkung infolge Infektion feststellte und länderte mußte. Nach abgeschlossener Heilverfahren blieb der rechte Ringfinger krumm und steif. Ansprüche auf Unfallrente wurden von der Berufsgenossenschaft mit der Begründung zurückgewiesen, daß das Leiden nach und nach durch den Druck des Hackenstiemes auf den Ringfinger der rechten Hand im Laufe längerer Zeit entstanden sei und ein Unfall nur eine einmalige plötzliche Körperverletzung im Betriebe darstelle, welches hier nicht zu konstatieren sei usw. Auf eingereichte Berufung sprach das Schiedsgericht dem Verletzten eine Unfallrente mit folgender Begründung zu: „Der Kläger hat sich die Blutblase, welche als Ausgangspunkt der späteren Entzündung der rechten Hand anzusehen ist, durch einen außergewöhnlich heftigen Prallschlag mit der bei seiner Arbeit benutzten Hacke gegen dieselbe führende Hand zugezogen. Ist dies aber zutreffend, die Blase also durch den Schlag plötzlich und nicht infolge der betrieblichen, bereits längere Zeit hindurch ausgeführten Arbeit allmählich entstanden, so hat auch die Beklagte für die Folgen der sich an den Unfall anschließenden Entzündung der Hand aufzukommen.“ — Dieser Fall zeigt uns, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter selbst die kleinsten Verletzungen, die sie bei der Arbeit erleiden, ihren Mitarbeitern sofort mitteilen und zeigen, damit im Prozeßverfahren die nötigen Zeugen vorhanden sind.

Künstliches Gebiß — Einbuße an Erwerbsfähigkeit. Nach dem Wiesfelder Bericht erlitt ein Zuschläger dadurch einen Unfall, daß ihm beim Hochwinden von Gasbehälterplatten die Kette gegen den Mund schlug und diesen verletzte. Die Verletzung hatte den Verlust einiger Schneidezähne zur Folge. Dem Verletzten wurde nach beendeter Heilverfahren von der Berufsgenossenschaft ein künstliches Gebiß geliefert, die Gewährung einer Unfallrente wurde jedoch abgelehnt, da Verletzter durch den Verlust der Zähne nicht in nennenswerter Weise in seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt werde. Im vorliegenden Falle wurde das Vorliegen eines Betriebsunfalles nicht bestritten, dafür aber das Vorliegen einer Schädigung bei der Arbeit. Nun wird jeder zugeben müssen, daß man sich an ein künstliches Gebiß erst gewöhnen muß und man im Anfang damit nicht so beikommen kann wie mit natürlichen Zähnen. Dadurch kann leicht eine Verdauungsstörung eintreten, wodurch wiederum Magenbeschwerden entstehen können, welche die Arbeitsfähigkeit herabmindern. Es kam noch hinzu, daß der Verletzte sich eine Zerklung infolge Schrumpfung der Klefer ohne Gebiß behelfen mußte. Mit Rücksicht hierauf und in Erwägung, daß man sich an den Gebrauch eines künstlichen Gebisses erst gewöhnen müsse, sprach das Schiedsgericht dem Verletzten auf eingereichte Berufung eine Rente von 10 Prozent für diese Zeit zu.

Nach der Reichsversicherungsordnung ist der Begriff „Betriebsunfall“ nicht erweitert worden. Die Folge davon ist, daß die Zahl der „strittigen“ Unfälle sich nicht verringern wird. Mögen deshalb die angeführten Fälle zum Beweise dafür dienen, für welche Unfälle eventuell Anspruch auf Rente erhoben werden kann.

„Interessengemeinschaft“ zwischen Christen und Hirsch-Dunckerschen.

Sowohl der „Regulator“, das Blatt des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter, als auch der „Deutsche Metallarbeiter“, das Organ des christlichen Metallarbeiterverbands, bringen in ihrer letzten Nummer (37) Text und Erklärungen zu „Vereinbarungen“, die zwischen diesen beiden Gruppen abgeschlossen worden sind. Nicht nur der Text, sondern auch der begleitende Umbau ist in beiden Blättern der gleiche.

Es wird zunächst betont, daß sich „hervorragende Sozialpolitiker“ seit einer Reihe von Jahren bemüht hätten, ein besseres Verhältnis zwischen den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften herbeizuführen. Das Ergebnis mehrerer Verhandlungen „der beteiligten Faktoren“ habe das Ergebnis gezeitigt, daß „gemeinsame Richtlinien“ festzulegen seien. Dabei sei der Gedanke maßgebend gewesen, daß trotz aller Gegensätze der beiden Organisationsrichtungen in grundsätzlicher und organisatorischer Beziehung auch noch viele gemeinsame Berührungspunkte sozialer, volks-

wirtschaftlicher und nationaler Art vorhanden seien“. Sehr bezeichnend ist gleich, daß „vor allem die terroristischen Monopolbestrebungen sozialdemokratischer Verbände auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes, deren Ausschaltungsbestrebungen bei Abschließung von Tarifen und Verhandlungen bei Lohnkämpfen“ eine „gemeinsame Abwehr“ erforderlich machen sollen. Es werden dann zehn Thesen aufgestellt, die nach den Mitteilungen auf einer Konferenz in Hannover von den beiderseitigen Hauptvorständen festgelegt wurden. Da die Sätze in nächster Zeit wohl noch öfter erwähnt werden, wollen wir sie hier vollständig wiedergeben:

1. Im Interesse der Metallarbeiterchaft sollen bei Streiks und Aussperrungen beide Verbände gemeinsam und einheitlich vorgehen; insbesondere bei der einschlagenden Taktik, bei Beginn, Fortsetzung und Beilegung der Kämpfe.
2. In Orten und Bezirken, wo die Mitgliederzahlen der beiden Verbände sehr ungleich sind, soll bei Festlegung der Taktik diejenige Organisation das Mitbestimmungsrecht haben, die die größte Mitgliederzahl aufweist und demgemäß die größte moralische und finanzielle Verantwortung zu tragen hat. Jedoch soll auf die Minderheit gebührend Rücksicht genommen werden.
3. Keiner der beiden Verbände soll dem andern Teil bei Streiks oder Aussperrungen Schwierigkeiten bereiten, sei es durch Drängen zum Streik oder bei Abbruch des Streiks. Bei Bewegungen, die größere Dimensionen annehmen geeignet sind, sollen sich vorher außer den Bezirksinstanzen die Hauptleitungen beider Verbände verständigen.
4. Die eventuelle Unterstützung nicht bezugsberechtigter Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen soll möglichst gleichmäßig erfolgen und haben die Hauptvorstände von Fall zu Fall Höhe und Umfang der zu gewährenden Unterstützung gemeinsam festzulegen.
5. Gegenüber den Ausschaltungsbestrebungen gegnerischer Organisationen bei Tarifabschlüssen und Verhandlungen sollen beide Verbände gemeinsam vorgehen, um sich die Anerkennung und das Mitbestimmungsrecht zu sichern.
6. Die Agitation, Abhaltung von Versammlungen usw. betreibt jede Organisation absolut selbständig, ebenso steht es jeder Organisation frei, für sich Eingaben an Behörden und Parlamente zu richten und Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranstalten.
7. Bei Streitfällen mit andern Organisationen soll entweder wohlwollende Neutralität gewahrt oder freundliche Hilfeleistung geleistet werden.
8. Unbeschadet der getroffenen Vereinbarungen wahrte jede Organisation ihre absolute Selbstständigkeit und werden die grundsätzlichen und organisatorischen Verschiedenheiten der Organisationen in keiner Weise berührt. Eine Einwirkung auf parteipolitische oder konfessionelle Gebiete ist ausgeschlossen.
9. Jede Organisation kann von den getroffenen Vereinbarungen zurücktreten. Jedoch hat die zurücktretende drei Monate vorher dem andern Teil dieses schriftlich unter Darlegung der Gründe zur Kenntnis zu bringen.
10. Etwaige Differenzen über Nichterhaltung der getroffenen Vereinbarungen sollen durch die Hauptvorstände der beiden Verbände geprüft und für deren Beilegung Sorge getragen werden.

Diese „Vereinbarungen“ sind unterzeichnet von den beiden Vorständen und sollen mit dem 15. September „in Kraft“ treten, wie es euphemistisch heißt.

Die „Interessengemeinschaft“ richtet sich in erster Linie gegen den mächtigen „roten Bruder“, den Deutschen Metallarbeiterverband. Daß dieser über eine halbe Million Mitglieder gesammelt hat, empfinden die beiden kleinen Gruppen der Hirsch-Dunckerschen und der Zentrumschristen als argen „Terrorismus“, so daß deren Einigkeit und Unbedeutendheit durch die Vereinbarungen vergrößert werden soll. Doch kommt ja damit noch nicht die Kraft, im Gegenteil ist das empfundene und dokumentierte Einverständnis ja eben ein Beweis von der Macht des „Gegners“, der sozialdemokratischen Organisation. Wie das „Einverständnis“ nun wirken soll, ist auch daran zu erkennen, daß beschränkenderweise Angriffe persönlicher Art „zwischen den beiden Verbänden“ vermieden werden sollen. Als ob dies nicht eine allgem. e n e Anstandsmaßnahme wäre, und auch ohne Brief und Siegel. Aus den Abmachungen geht auch hervor, daß früher die sogenannte „Erkenntnistaktik“ unter den beiden Vertragsparteien eine Rolle gespielt haben muß, sonst wäre ja die Abmachung unter Ziffer 3 gegenstandslos und zwecklos. Die für sie „leidige“ Tatsache, daß sie bei Verhandlungen von den Unternehmern als kleine Gruppen wenig beachtet werden, wird auch die „Vereinbarung“ nicht aus der Welt schaffen. Für die Hirsch-Dunckerschen und die „Christen“ gilt das Dichterwort: „Sch dir Verleiden auf von Millionen Loden, du bleibst doch immer, wer du bist.“

Die der Passus unter Ziffer 7 von der „freundlichen Hilfeleistung bei Streitfällen mit andern Organisationen“ zu verstehen sein soll, ist schwer zu erkennen. Und um welche andern Organisationen soll es sich da handeln?

Im allgemeinen ist die „Vereinbarung“ ja ein Zeichen von der Klärung der Situation. Die „hervorragenden Sozialpolitiker“ werden dieselben Leute sein, die auch auf politischem Felde die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie bebauern. So wirken die Dinge nun auf das gewerkschaftliche Gebiet zurück. In wessen Interesse die „bürgerliche“ Einigkeit wirken soll, wird der Arbeiterchaft je länger, desto weniger zweifelhaft sein. Es gilt die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft!

Den Textsätzen folgt in beiden beteiligten Blättern, dem „Regulator“ und dem „Deutschen Metallarbeiter“, noch eine längere, gleichartige Erklärung, worin von der Hoffnung auf eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus des roten Bruders und von der Ablehnung, „als Nachläufer der sozialdemokratischen Organisationen betrachtet zu werden“, die Rede ist. Ein Unterschied besteht nur insofern, als jeder der beiden Verbände am Schluß hofft, daß das „Bündnis“ speziell ihm zugute kommen möge.

Auch der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, bespricht in seiner Nr. 74 die Vereinbarungen. Der „Gewerkverein“ wird noch deutlicher, als es die Abmachungen sind. Er spricht von der „Annahme und dem Großmachtsdünkel der „freien“ Gewerkschaften“ und er stellt es (ganz allgemein) als Zweck der Vereinbarung hin, „zwischen den beiden Organisationen ein erträglicheres Verhältnis herbeizuführen und den terroristischen Monopolbestrebungen des Deutschen Metallarbeiterverbands einen Damm entgegenzusetzen“. Die Unternehmern laufen nur so nebenher mit, als ob nicht der Kampf gegen das Kapital der Hauptzweck jeder Arbeiterorganisation und ihrer Maßnahmen sein müßte.

Der „Interessengemeinschaft“ im Kampf gegen die — Arbeiter folgt wohl auch bald die völlige Fusion. Der Gewerkverein „wünscht“ ja auch schon, daß ähnliche Abmachungen auch zwischen den andern christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen abgeschlossen würden.

Und wenn, wie es wiederholt angekündigt wurde, der Papst „benächigt“ die christlichen Gewerkschaften „verleiten“ wird, wird ein Teil der Christen, der sich dann nicht zu den Fachabteilern schlagen will, sich womöglich mit dem Hirsch-Dunckerschen alten Landsturm verbünden. Wer lebt, wird's sehen.